

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: pro Jahr monatlich 2,00 Mark durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Gerichtsstr. 14. Fernruf: 210 6 (Frei- u. 240 67 (Beruf)).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**

Einzelpreis: 10 Pf. für den von Höhe und Spitze; 1 Mk. im Zeitteil. Konstanten: Kreisamt der Sozialistischen Halle; Gommers- und Vitzthum-Str. Halle. Verteilungsort: Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Gerichtsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 25. März 1931

11. Jahrgang Nr. 71

## Glänzende RGD-Siege in der Chemie

**RGD erhält die meisten Stimmen in Filmfabrik Wolken und Levertufen — Chemieproleten, organisiert den Streik gegen den Lohnraub — Immer vorwärts zu neuen Stürmen auf den Klassenfeind!**

(Eig. Meldung.) Bitterfeld, 25. März.

Das Ergebnis der Betriebsrätemwahl in dem größten chemischen Betrieb des Bitterfelder Industriegebietes ist das folgende:

- Rote Einheitsliste . . . 1538 Stimmen (i. B. 1212)
- Freie Gewerkschaften . . . 1235 Stimmen (i. B. 2023)
- Nationale Einheitsliste . . . 430 Stimmen ( — )

Im Betriebsrat entfallen auf die RGD 7 Sitze (i. B. 5), auf die freien Gewerkschaften 5 Sitze (i. B. 8), die nationale Einheitsliste erhält 2 Sitze.

Dieser neue glänzende Erfolg in der Filmfabrik Wolken ist nach unserem roten Kennzeichen das klarste Zeichen dafür, daß die Arbeiter in den Betrieben bei den Betriebsrätemwahlen den reformistischen Beträtern, den Panzerkreuzerobjektisten die verdiente Antwort zuteil werden lassen. Der Sieg der revolutionären Einheitsliste in der Film-Wolken wurde erzwungen, trotzdem bei den Wahlen in den letzten Jahren, die in Höhe von 2000 Belegschaftsmitgliedern erfolgten, zahlreiche revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen wurden. Dieser Sieg wurde erzwungen trotz eines unerhörten Polizeiterrors, der

während des erbittert geführten Kampfes ausgeübt wurde. Um so klarer sind deshalb auch hier die Fronten ausgefallen.

Ein erstes Symptom zeigt sich bei dem Vormarsch der nationalen Wirtschaftsliste. Erneut lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Genossen, insbesondere bei den jetzt stattfindenden Betriebsrätemwahlen in den Grubenbetrieben, auf die falsche Gefahr. Der Faschismus verläßt mit allen Mitteln, sich in den Betrieben Eingang zu verschaffen. So wie wir Kommunisten auf der Straße, im politischen Tageskampf, den Faschismus schlagen und zurückdrängen, so dürfen wir in den Betrieben diesen Kampf nicht vernachlässigen.

Unser erneuter stolzer Erfolg in der Film-Wolken muß alle unsere Genossen anspornen, ihre Kräfte voll einzusetzen, damit alle chemischen und anderen Großbetriebe Mitteldeutschlands für die RGD, für die revolutionäre Einheitsliste, für die Kommunistische Partei eroberbar werden! Jeder Betrieb muß eine rote Burg gegen den Faschismus werden!

### Schwere Niederlagen der Reformisten in Levertufen und Oppau!

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 24. März.

Montag und Dienstag fanden in den IG-Farben-Werken Levertufen, dem größten und für den deutschen Imperialismus wichtigsten chemischen Betrieb am Niederrhein, die Betriebsrätemahlen statt. Von 6377 wählten 5435, also 77,9 Prozent.

Es erhielten: Rote Liste 2020 (i. B. —), Reformisten 1931 (i. B. 2846), Christen 1144 (1403), Nazis 156 (i. B. —).

Die rote Liste wurde hier zum erstenmal ausgehollt. Hier haben große Massenentlassungen und Maßregelungen aller kommunistischen Arbeiter stattgefunden. Der Betrieb war fast kommunisteinfrei. 24 Stunden vor der Wahl wurde der Spionagehaupt der roten Liste auf Pfahler geworfen und gemahrt.

(Eig. Drahtm.) Ludwigshafen, 24. März.

Die Betriebsrätemahlen in den Werken Ludwigshafen und Oppau der IG-Farben brachten den Reformisten eine

schwere Niederlage. Auch die Christen erlitten einen bedeutenden Stimmenrückgang. Nur die RGD konnte trotz Entlassung von 3000 Kollegen und Maßregelungen gegen oppositionelle Arbeiter ihre Stimmen halten und sogar etwas erhöhen.

Es wurden abgegeben: Rote Einheitsliste 2003 (i. B. 1899), Reformisten 4455 (6373), Christen 1321 (1659), Nazis 615 (833).

### Unser Vormarsch an der Ruhr

(Eig. Drahtm.) Essen, 25. März.

Die Betriebsrätemahlen der letzten zwei Tage zeigten folgende Ergebnisse:

Jede Handrop: Christen 415, 4 und 1 Mandat (i. B. 497 und 4 Mandate); RGD 233, 2 und 1 Mandat (220 und 3 Mandate); RGD 314, 3 Mandate (212 und 2 Mandate); Deutsche Arbeiter 44 (28).

Jede Habbod: RGD 513 (781), Christen 526 (766), Nazis 23 (65), Roter Bergarbeiter-Verband 853 (297), Deutsche Arbeiter 50 (62).

Zusow-Dortmund (Metallbetrieb): RGD 33 (149), Christen 37 (29), RGD 178 (160).

### Roter Sieg in der Papierfabrik Benig

In der Patentpapierfabrik Benig (Sachsen) erzielte die rote Einheitsliste einen großen Erfolg.

Sie erhielt 488 Stimmen, die SPD-Liste nur 142 Stimmen. Zum erstenmal war eine rote Liste ausgehollt.

Dieses Ergebnis zeigt, wie bei guter Aufklärungsarbeit und tapferem Verhalten der roten Funktionäre die Arbeitermassen für die rote Einheitsliste gewonnen werden können.

### Straße frei für den Faschismus!



das ist SPD-Grzowski's Polizei-Praxis

## Vollmacht für Brüning zum rücksichtslosen Unterstüchungsraub

Ein Ermächtigungsgesetz zum weiteren Abbau der Sozialausgaben

(Eig. Bericht.) Berlin, 24. März.

Am Dienstag begann im Reichstag die dritte Beratung des Haushaltsplans. Zu dieser Beratung ging ein von den Regierungsparteien einseitig für die Sozialdemokraten unterzeichneter Antrag ein, der dem Reichsanwärtler die Ermächtigung gibt, während der Zeit, in der der Reichstag nicht tagt, also in den kommenden sechs Monaten, Abträge an der Ausgabenliste des Reichsetats nach Gutdünken (!) vorzunehmen. Die Abstimmung über dieses Ermächtigungsgesetz erfolgt am Mittwoch, seine Annahme steht zweifellos fest. Reichsanwärtler Dietrich erklärte hierzu, daß er dieses Ermächtigungsgesetz begrüße und daß er von dem ihm gegebenen Recht auf weitere Abträge im Etat Gebrauch machen werde. Doch diese Abträge lediglich bei den Sozialausgaben erfolgen werden, steht wohl außer Frage. Die Sozialdemokraten tragen also die volle Verantwortung für die in den nächsten Monaten folgenden Abträge am Sozialetat und für den weiteren Unterstüchungsraub.

Ein neues schändliches Verbrechen wird von der Sozialdemokratie begangen. Nicht nur der Panzerkreuzer und der Wehrstat wurde von ihr bewilligt, die Sozialdemokratie stimmte nicht nur gegen das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener. Jetzt gibt die Sozialdemokratie dem Hungerkanzler Brüning auch noch eine Blankovollmacht zum rücksichtslosesten Unterstüchungsraub an den fünf Millionen Arbeitelosen in Deutschland.

Kein Tag vergeht ohne ein neues Verbrechen der sozialfaschistischen Führer am Proletariat, und die „Linken“, die aus taktischen Gründen mit den Kommunisten gemeinsam gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, machen diese neuen schändlichen Verbrechen reiflos mit. Der „Mißtrauensvotum“ der neun „linken“ SPD-Abgeordneten war nur eines der schändlichen Manöver, die diese „Linken“ schon allseitig gemacht haben.

Nur mit der kommunistischen Partei gemeinsam in den Reihen der roten Klassenfront kann der Kampf gegen Faschismus und Hungeroffensive geführt werden! Das müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen.

**In allen Gruben Mitteldeutschlands werden in diesen Tagen rote Einheitslisten gewählt! Stimmt für Kampf um Brot und Freiheit!**



# Der Stich ins rote Herz

Halle, 25. März.

Vor einigen Tagen durfte der „sehr ehrenwerte“ Herr Gottlieb Karpatek im „Volksblatt“ auch einmal einen Zeitarartikel schreiben. Dieser Zeitarartikel sollte zum Gedächtnis der Hölzling-Aktion, die vor 10 Jahren im Auftrag des deutschen Kapitalismus in Mitteldeutschland durchgeführt wurde, um die kommunistische Partei zu zerstören, geschrieben sein.

Über den kleinen Gottlieb kennt, weiß, was in diesem Zeitarartikel drin gelanden hat. Es ist eine Verteidigung des Hölzling, der die Götze infiltrierte: „Der erste Tag muß der blutigste sein.“ Es ist eine Geschichtsfälschung gräßlicher Natur, wie sie eben bloß von einem Sozialfaschisten vorgenommen werden kann.

Wir haben bereits an dieser Stelle ausführlich zu den Märzereignissen vor 10 Jahren Stellung genommen. Es lohnt sich auch nicht, auf die Geschichtswindmühlen des „Volksblatt“ einzugehen. Wir wollen nur eine Tatsache als Ergänzung zu den Äußerungen des „Volksblatt“ aufweisen, die klarheit zeigt, warum jetzt nach 10 Jahren eine solche schändliche Beschimpfung der Helden der Märzkämpfe durch die Sozialfaschisten erfolgen muß. In Magdeburg sprach der sozialdemokratische Polizeipräsident Wärensprung zu einer Gedenkstunde der in den Märztagen 1921 gefallenen Schupos. Wärensprung sagte:

„... daß die jetzige Zeit besonders Anlaß bietet, der treuen Pflichterfüllung der Gefallenen zu gedenken. Sie müssen den Kameraden ein leuchtendes Beispiel sein.“ Ganz ähnlich liegt auch das „Volksblatt“ am Schluß seines Äußerungsartikels:

„Das Letzte dabei ist, daß sich dieselben Elemente wieder bemühen, das gleiche Verbrechen zum zweitenmal zu begehen. Das ihnen das diesmal nicht gelingt, dafür ist gründlich vorgezogen.“

Gemeint sind mit „dieselben“ Elemente natürlich die Kommunisten und nicht die Schupos. Deutlicher können die Kommunisten nicht aufgerissen werden. Es gibt nur ein Diesseits oder ein Jenseits der Barrikade. Karpatek und die Leute vom „Volksblatt“, die sozialfaschistischen Führer insgesamt, sie stehen bei ihren Polizeipräsidenten, bei denen, die die schändlichen Mordtaten der Sipos gerade für die jetzige Zeit wieder als leuchtendes Beispiel hinstellen. Diese Leute stehen in den Reihen der Lobpreisende des Proletariats.

Diese Erkenntnis wächst aber auch immer mehr in den Reihen der sozialdemokratischen Anhänger. Was bedeutet es beispielsweise, wenn dasselbe „Volksblatt“ gestern einen Artikel schreiben muß, aus dem das völlige Durcheinander in der Panzerkreuzer-Partei hervorgeht? Ganz entkräftet wird gelagt, daß die Abstimmung der neun „Linken“ und die Verteilung ihrer Politik durch sie „den Feinden der Partei in den Bezirken, in welchen sich die Abgeordneten... für die Politik der Fraktion entschieden haben, sehr billiges Agitationsmaterial gegen die Partei liefern“. Befremdend erhebt der Herr Koops seine Hände über die Steuerträger Dr. Herz und Peters und ruft ganz verzweifelt aus:

„Die Ansehenberufungen in der Partei daß so in farnachschäftlichem Geiste zu führen, da es häufig genug zum Schaden der Partei schon der Fall war, daß der Kampfesgeist in janzaligen Vernehmungsstellen des Gegners ausartete. Das wäre eine Entseignung, die auch alle Bürgerrechte zeigen.“

Das sind SOE-Müde der sozialfaschistischen Führer, denen die Weilen der Empörung über die beispiellose, offene Verräterpolitik der SPD über dem Kopf zusammenhängen. Bürgerkriegszustand in der Sozialdemokratischen Partei! Aber es konnte nicht anders kommen. Der Weg, den die SPD beschritten hat, muß zwangsläufig von ihr bis zu Ende gegangen werden. Es ist der Weg der bedingungslosen Unterstützung der Willkür-Diktatur, es ist der Weg, der schürgerade zur faschistischen Diktatur führen muß.

Der „linke“ Seidewitz erklärte auf dem Bezirksparteitag der SPD für den Bezirk Chemnitz-Ergebitz in Glaucha am 22. März:

„Man hat alle Forderungen der Sozialdemokratie abgelehnt... Jetzt fordert man gar ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung das Recht der Vollziehung und neue Abträge am Sozialetat geben soll. Ja, man fordert eine Verlagerung des Reichstages bis in den Spätherbst, damit die Arbeitslosenversicherung reformiert, d. h. verschlechtert werden kann. Wollen wir die falsche Bahn weiter gehen, dann haben wir beschlossen, was die Regierung bei diesen Entschuldigungen mit dem Willkür droht?“

Natürlich wird diese falsche Frontstellung von der SPD beschließen werden und die „Linken“ werden die Aufgabe weiter durchführen, die Missionen der zur SPD abtrünnigen SPD-Anhänger aufzuhalten. Aber es wird ihnen nicht gelingen! Die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei marschiert, denn es wächst die Erkenntnis: Die Politik der SPD, der Sozialfaschismus, das ist der Stich ins rote Herz, und den wird die Arbeiterklasse abzuwehren wissen!

## Ernst Hennings letzte Fahrt

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 24. März.

Trotz des Demonstrationserbotes bei der Belegung des ermordeten Genossen Hennings liegen es sich die Hamburger Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nehmen, in gewaltigen Massen nach Bergedorf zu kommen. Am Bahnhof Bergedorf war ein starkes Schupoaufgebot postiert. Durch die Straßen führen Polizeiführer und Ueberwachungen. Die Hauptstraßen nach dem Bahnhof waren schwarz von Menschen. Arbeiter, die von den ansehnlich Bergedorfer liegenden Dörfern kamen, wurden nach Wallen durchsucht. Es wurde eine ganze Besatzung und der Fahnenträger verhaftet. Sogar das Singen revolutionärer Lieder wurde von der Polizei verboten.

Kurz nach 5 Uhr ließen sich die Züge vom Friedhofsgebäude aus in Bewegung hinter den Bahndammstationen wurde die Linde getrennt. Dann folgten die Kranzdelegationen und ein unübersehbarer Zug von Arbeitern und Arbeiterinnen. Am Grabe markieren schon Laubende. Es sprach ein Vertreter der Bergedorfer Genossen, ein Vertreter der proletarischen politischen Festungsangehörigen von Bergedorf, ein Vertreter der Roten Hilfe und Genosse Schubert für die kommunistische Partei.

## SPD rettet „schändliches Diktatorkabinett“

(Eig. Drahtm.) Dresden, 24. März.

Der kommunistische Antrag auf Auflösung des schändlichen Landtages wurde mit Hilfe der SPD mit 60 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

# Die Straße frei am 1. Mai!

### Bildet Mailkomitees in den Betrieben und auf den Stempelfellen!

Berlin, 24. März 1931. (Eig. Bericht.)

Im Sturmtempo wird gegenwärtig im Reichstag die letzte Sitzung des Reichstags durchgeführt. Dazu sprechen fast ausschließlich kommunistische Redner. Als erster der Genosse Ullbricht, der sich vor allem mit der faschistischen Innenpolitik der Young-Regierung befaßt und die kommunistischen Anträge auf Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und Aufhebung der Demonstrationserbote am 1. Mai befaßt.

### Genosse Ullbricht

Die Innenpolitik der Young-Regierung wird durch den neuen Untersuchungsbericht gegen das wertvolle Volk und vor allem gegen die kommunistische Partei charakterisiert. Der Vordruck an unehren Genossen Henning in Hamburg ist für die Methoden charakteristisch, die die herrschende Klasse anwendet, um die Young-Regierung aus den wertigen Massen herauszuholen. (Zitat aus dem Zentrum: Die Märkte waren doch Nationalsozialisten!) Ich frage Sie (zum Zentrum), können denn die Nationalsozialisten diesen Neuschmerz durchführen, wenn nicht das ganze System des Kapitalismus auf den schlimmsten Terror gegen die Arbeiterklasse aufbauen wäre? (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wenn Sie sagen, die Nazis, die Nazis, ja, sind nicht die, die die Arbeiterklasse nicht ebenfalls Mordtaten wie die Nazis? (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) In Berlin marschierte der Stahlhelm auf unter dem besonderen Protektorat Hindenburgs, Brüninges und unter dem Schutze der SPD. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Rolle der Sozialdemokratie als Wegbereiter des Faschismus

ist durch nichts so klar gekennzeichnet worden als durch diese direkte Unterstützung des Schleichheimaufmarsches, der faschistischen Mobilisierung. Denn die Einleitung des faschistischen Aufmarsches bedeutet nichts anderes als die allgemeine Mobilisierung für den Faschismus, die Vorbereitungen für das „Dritte Reich“, die bürgerkriegsmäßigen Vorbereitungen für die Niederwerfung der Arbeiterklasse. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Furcht des Faschismus vor der Arbeiterklasse kommt am klarsten zum Ausdruck in den Demonstrationserboten zum 1. Mai und der Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag in Braunschweig.

Der 1. Mai steht in diesem Jahre im Zeichen der Volksaktion gegen den Faschismus; es wird ein Kampftag gegen den Faschismus werden.

Das haben die Frauen und Konjoren erkannt und haben daher den gesetzlichen Feiertag in Braunschweig aufgehoben. Aber ist es nicht auch Gerechtigkeit, daß in Berlin durch sein allgemeines Demonstrationserbot den Massenaufruf gegen den Faschismus verhindern will? (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Was ist die deutsche Gewerkschaftsbund, der ebenso wie der Kapitalismus verfallener wie vor den Schlichtungsinstanzen und den Lohnräubern, der propagiert, den 1. Mai auf den 3. Mai zu verlegen, der die Arbeiter auffordert, am 1. Mai zu arbeiten und am 3. Mai abends Kaffeetrinken durchzuführen (Sprei, hört b. d. Komm.) Was ist die Gewerkschaftsbund, der ebenso wie der Kapitalismus und Konjoren in Braunschweig nun über dem Demonstrationserbot der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten?

Die Antwort der Arbeiter auf die Demonstrationserbote wird sein der Ruf: „Straße frei für den antifaschistischen Kampf!“ (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Auf die schändlichen Demonstrationserbote antworten die Arbeiter mit der Bildung von Mailkomitees, mit der Bildung von Komitees der Einheitsfront in allen Betrieben, in allen Stempelfellen und allen Wohngebieten. Wie Reichsbannerarbeiter im Gespräch zum Willen ihrer Führer gegen den Faschismus kämpfen, ebenso werden diese Arbeiter an Schulter unter Führung der kommunistischen Partei am 1. Mai aufmarschieren, trotz aller Demonstrationserbote, trotz aller papiernen Verbordnungen der Herren Gerechtigkeit und Kompagnie.

Die Abstimmungen über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Demonstrationserbotes am 1. Mai und Festlegung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erfolgen in der Mittwochsitzung des Reichstages.

## Eine Konzession, die keine ist

In der Reichstagsitzung vom Montag wurde nach der Abstimmung der Willkürersteuer mit den Stimmen der Kommunisten ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine äußerst geringe Erhöhung der Aufschlagsrate um 0,5 Prozent auf die Steuer bedeutet. Die sozialdemokratische Presse macht diese Konzession als einen großen Erfolg der Sozialdemokratie auf. Das ist wiederum ein niederträchtiger Schwindel. Da sich der Finanzminister Dietrich bereits gegen diese Steuer ausgesprochen hat, ist es so gut wie sicher, daß der Reichstag dagegen Gegenwehr erhebt und damit auch diese Konzessionen in Unachtung magen wird.

# Eisenbahner rüsten zum Kampf

### Bezirkskonferenz der Eisenbahner — Bahnmittelereien bereit in den Streik zu treten — 17 rote Betriebsratslisten bereits im Direktionsbezirk Halle aufgestellt

Halle, 24. März.

Zus zahlreichen Dienststellen des Direktionsbezirks Halle der Reichsbahn waren die Delegierten am letzten Sonntag in Halle zusammengekommen, um zum Kampf gegen den Lohnraub, die Feiertagsarbeiten und den Terror der reformistischen und gelben Gewerkschaften Stellung zu nehmen.

Das Referat hielt ein Genosse von der RSD. Er schilderte, wie sich die Krise des Kapitalismus auf alle Schichten der Schaffenden ausdehnt, wie in der Privatindustrie, insofern wie in den logenanneten Staatsbetrieben die rücksichtslosen Lohnraubmaßnahmen der faschistischen Führung-Diktatur durchgeführt werden. Der Referent empfahl, daß die revolutionäre Einheitsfront der Gewerkschaften, anfangend von den Verhandlungen über das Feiertagsabkommen im vergangenen Jahre bis zu ihrer gegenwärtigen Haltung zum Streikspruch. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat den Eisenbahner den richtigen Weg gemessen.

Die Klagen der Direktoren gegen die Reichsbahn zwecks Bezahlung der Feiertagsarbeiten wurden von der ersten Instanz abgelehnt. Der ganze Schwindel der Reformisten bricht zusammen; die Eisenbahner wenden sich mit Empörung von ihren Bonzen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Eisenbahner zu organisieren und wie die Arbeiter anderer Gruppen in den Streik zu führen. Die Wahl der roten Betriebsräte muß auf jeder Dienststelle durchgeführt werden.

Ein Vortragsredner Genosse Seibert, wie ein christlicher Gewerkschaftler nach einer Rede eines oppositionellen Kollegen verzweifelt in die Verammlung hineinrief:

„Gibt es denn gar keinen Himmelssturz vom Himmel, der uns hilft, unter Hindenburg Gift uns auch nicht mehr.“

Mehrere Genossen sprachen sich über den Terror der Dienststellenleitungen aus. So wurde dem Falkenberger Delegierten der Fahrtausweis zur Konferenz verweigert mit der Begründung: Die RSD will das Verwaltungssystem führen. Von der Bahnmeisterei, Halle, wurden 80 Kollegen auf mehrere Dienststellen verteilt, um die revolutionäre Einheitsfront auf der Bahnmittelerei 5 zu schaffen. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß nun auf allen diesen Dienststellen, wo diese Kollegen hingekommen sind, rote Listen aufgestellt sind!

Die Reformisten unterstützen die Verwaltung bei ihrem Terror gegen die revolutionären Kollegen. Der Reformist Krüger von der Güterabteilung Halle erklärte öffentlich, daß er dafür sorgen wird, daß kein revolutionärer Eisenbahner mehr Anspruch habe auf Erholung von der Krankenliste! Ferner drohte er, in Halle kommt keine RSD auf, die bringe ich alle heraus aus dem Betriebe!

Alle Diskussionsredner stimmten überein mit dem Referenten in der Feststellung, daß bei den Eisenbahner der Wille zum Widerstand und zum Kampfe bekräftigt wächst und die Organisierung in der revolutionären Gewerkschaftsopposition bemerkenswerte Fortschritte macht. Mit großem Beifall wurde die Gründung des roten Eisenbahnerverbandes in Schloffen begrüßt.

## Verboten! Verboten!

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat am 23. März die kommunistische „Neue Zeitung“ unter Berufung auf das Republikverfassungsgesetz für drei Wochen verboten. Als Vorwand zum Verbot der kommunistischen Tageszeitung von Oberschlesien dient ein Artikel zum Besch. Coverings in Schloffen, in dem an die 30 Toten des 1. Mai 1929 erinnert wird.

Die „Neue Zeitung“ hat sich in den letzten Tagen scharf gegen die nationalfaschistische Verhöhnung der ober-schlesischen Arbeiterklasse gewandt und die internationale proletarische Kampfbildung unterstützt. Die ober-schlesische Arbeiterklasse hat auch gegen den nationalfaschistischen Abstimmungsrummel demonstriert. Ferner liegen die Betriebsratswahlen in Oberschlesien bevor und das Sprachorgan der revolutionären Arbeiterklasse soll auch deshalb unterdrückt werden.

Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Bezirkskonferenz des Direktionsbezirks Halle billigt vollinhaltlich die Beschlüsse der Reichskonferenz der RSD der Eisenbahner.“

Wird der Organisierung des Kampfes gegen den Lohnraub muß auch engste verbunden werden die Vorbereitung auf Betriebsratswahl. Unser Kampfplan ist nicht nur zu erfüllen, sondern jede Dienststelle muß versuchen, ihn zu verbreiten.“

Nach dem Schlußwort wurde dann festgestellt, daß bereits 17 rote Betriebsratslisten im Bezirk aufgestellt sind und daß weitere Listen vorbereitet werden. Auf allen Dienststellen werden in dieser Woche neue Betriebsratsversammlungen abgehalten, um entsprechend den gelösten Beschlüssen der Kampf und die Betriebsratswahl vorbereiten werden.

Streik gegen jeden Fiktion Lohnraub! Wahl von Kampfausschüssen auf allen Dienststellen! Schaffung von Betriebswehren und größte Aktivität für die Gründung der RSD für die RSD zu den Betriebsratswahlen müssen das Ergebnis der Konferenz bei den Eisenbahner sein!

## Verbreitert die Kampffront der Landarbeiter

Auf der Gründungskonferenz des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter waren auch zahlreiche Arbeiter vertreten. Sie forderten die unerbötige Ausweitung, unter der auch sie, obgleich sie etwas mehr Lohn bekommen als die übrigen Landarbeiter, zu leiden haben.

Gegenwärtig ist es so, daß nicht nur der Mecker, sondern auch die Frau gezwungen ist, schwere Arbeit im Stall zu verrichten. Die Frau wird mit Ausmisten und Melken 8-10 Stunden lang am Tage beschäftigt. Was das für eine Frau bedeutet, die außerdem noch eine Familie mit 3-4 Kindern zu versorgen hat, kann man sich denken. In welcher Weise die Mecker von den Untern ausgegliedert werden, geht aus folgender Rechnung hervor, die ein Obermecker aus der Gegend von Lobjahn aufmachte:

Für die Milch erhält der Junfer pro Liter 17 Pf. Eine gute Kuh gibt 15 Liter Milch, für die Arbeit, diese 15 Liter Milch zu melken, bekommt der Mecker ganze 11 Pf. Das heißt, er bekommt noch nicht einmal einen Liter Milch, Mann und Frau bekommen im ganzen 20 bis 30 Pf. Wochenlohn.

Die Mecker forderten deshalb als besondere Forderung zu den allgemeinen Forderungen des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter Erhöhung des Stücklohns um 15 Pf. und Wegfall des Arbeitszwanges für die Frauen.

In Anbetracht der ungeheuren Ausweitung der Mecker sind diese Forderungen außerordentlich bescheiden. Der rote Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter ist die Kampforganisation, die sie alle umfasst. Vorwärts unter seiner Führung zum Massenstreik der Landarbeiter!

## Polizeiprovokationen in Düsseldorf

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 24. März.

Seute fand in Düsseldorf die Bestätigung der bei der Hungerdemonstration erschollenen Arbeiter statt. Die Beteiligung war außerordentlich groß.

An den Gebäuden waren etwa 25.000 Arbeiter und Arbeiterinnen verammelt.

Der Zentrumspolizeipräsident von Düsseldorf und der sozialdemokratische Polizeipräsident Bergmann hatten in letzter Stunde mit Einsatz aller Polizeimittel droht, falls die Beeridigung demonstrieren Charakter trägt. Bereits am Morgen durchführten Panzerwagen die Stadt, der Friedhof selbst war bürgerkriegsmäßig belagert. Hunderte von Polizisten mit Karabinern und Wollschlingen hielten den Friedhof besetzt, sogar Häuser und Eisenbahnwärter wurden besetzt.



# Paris und Wien

## Europakonferenz und Zollunion

Gestern ist in Paris der Organisationsausschuß des Europäischen Komitees zusammengetreten. Die Aufgabe des Ausschusses besteht vor allem darin, die Matung des Europäischen Komitees vorzubereiten und alle mit der Einleitung der Zusammenhänge zusammenhängenden Fragen zu regeln. Der letzte Teil dieser Aufgabe macht den in Paris versammelten Ausschüssen die größte Sorge. Zunächst aber werden die Verhandlungen in Paris von dem deutsch-österreichischen Zollabkommen überherrscht, das alle anderen Probleme in den Hintergrund gedrängt hat. Zwar wird diese Angelegenheit kaum offiziell zur Sprache gebracht werden, umso mehr aber verweist sich das Schwergewicht der Pariser Konferenz auf die „privaten“ Zusammenkünfte der Außenminister.

Inzwischen wurde der amtliche Wortlaut des sogenannten Wiener Protokolls veröffentlicht. Das zu erzielende endgültige Abkommen wird als ein „Vertrag zur Angleichung der Zoll- und handelspolitischen Verhältnisse“ beider Länder bezeichnet. Im ersten Paragraphen des Protokolls machen beide Regierungen einen tiefen Bittgang vor den Verfallenen Märkten und insbesondere vor dem Bruch des Raneuropaprojekts: „Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit beider Staaten (Verfallener Vertrag) Vertrag von St. Germain! Genfer Ansehensprotokoll“) und unter voller Achtung der vor ihnen dritten Staatsangehörigen überkommenen Verpflichtungen (1) soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen (Raneuropa) zu machen.“

Sachlich sieht das Abkommen die folgenden Abmachungen vor: Beide Länder werden gleiche Zollgesetze mit gleicher Tarifierung machen. Veränderungen können nur gemeinsam erfolgen.

Zwischeneinander erheben sie keine Zölle und es gelten keine Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote.

Handelsverträge werden zwar selbständig abgeschlossen, jedoch mit Wahrung der beiderseitigen Interessen. In besonderen Fällen kann auch gemeinsam wegen der Abhängigkeit verhandelt werden.

Recht bestehende Handelsverträge, welche der Zollunion entgegenstehende Abmachungen enthalten, sollen abgeändert werden.

Die Zollverordnungen der beiden Länder bleiben unabhängig. Die im beidseitigen und im österreichischen Zollgebiet geltenden erhabenen Zölle werden nach Abzug der Sonderhöhen mittels eines bestimmten Verteilungsschlüssels verrechnet. Auf keinen Fall werden bei den zu treffenden Vereinbarungen die bestehenden Handelsrechte Dritter an den Zollentnahmen (Zollungspunkt) Genfer Ansehensprotokoll) beeinträchtigt werden.

Das Abkommen ist in der vorliegenden Form nur ein Vorvertrag. Es wird erst nach Ablauf einer noch unbekanntenen Frist vom Tage der Ratifikation an geltend, in Kraft treten.

Nach der Veröffentlichung des Wortlauts der Wiener Abmachungen hat die Diskussion in der Weltpresse einen verstärkten Antriebs erhalten. Die französische Presse vertritt das größte Mißtrauen. Sie malt mit lebendiger Anschaulichkeit die Gefahr des Zerfalls des Anschlusses an die Wank.

Eine noch heftigere Tonart schlägt die tschechoslowakische Presse an. Die offiziöse „Edvone Noviny“ schreibt, daß durch den Wiener Pakt Ungarn, Jugoslawien und Rumänien unvermeidlich von Deutschland ins Schlepptau genommen würden.

Die englische Presse, die sich eine gewisse Zurückhaltung leisten kann, da das Wiener Abkommen vor allem die französischen Interessen berührt, betrachtet das Ereignis mehr vom Standpunkt der internationalen Perspektive, die durch das deutsch-österreichische Abkommen aufgeworfen wird. So schreiben z. B. die „Times“ mit unverhüllter Offenheit:

„Ein europäischer Zollverein würde in der Tat die richtige Antwort auf den Wettbewerb eines Räteregh-Land sein, das rücksichtslos die unbegrenzten natürlichen Hilfsquellen mit unbeschränkter zur Verfügung stehender Eisenarbeit ausnützt.“

Die amerikanische Presse äußert sich vorbehaltslos zurückhaltend. Sie begrüßend die deutsche Regierung mit charakteristischen Worten zu ihrem „mutigen Schritt“. Diese Haltung ist aber auf schlichten, daß die amerikanische Diplomatie, die schon lange auf eine Gelegenheit wartet, Frankreich ein auszuweisen, an den Wiener Vereinbarungen nicht ganz unbeteiligt ist.

## „Von Bordeaux bis Odessa“!

### Duisbergs Annektionsstrüme

In einer Kundgebung des bayerischen Industriellenverbandes am Dienstag in München hielt der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, ein Vortrags über „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie“.

Zum deutsch-österreichischen Zollabkommen erklärte Duisberg u. a.: „Zur endgültigen Regelung des europäischen Problems müßte ein geschlossenes Wirtschaftsblock von Bordeaux (1) bis Odessa (1) als Rückgrat Europas geschaffen werden. Die Völker Mitteleuropas hätten zu wählen zwischen Errichtung einer besseren Zukunft des Vertrauens zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenwärtigen Zerissenheit, in der sie eine willkommene Angriffsfläche für fremde Mächte und fremde Mächte (hier kann nur die Sowjetunion gemeint sein) bieten.“

Die Ausführungen Duisbergs erklären den historischen Sinn des Wiener Protokolls. Die deutsche Bourgeoisie denkt gar nicht daran, wider den Stachel zu leiden. Wenn sie mit dem Reich eine Zollunion abschließt, so nur im Rahmen des Verfallener Systems, als Schutz und Druckmittel zur Herstellung des von den Weltmächten gestifteten Wirtschaftsblocks von Bordeaux bis Odessa!

Man beachte „bis Odessa“! — Der Herr Geheimrat scheint in der Geographie nicht recht bewandert zu sein. Sollte er nicht wissen, daß Odessa zur Sowjetunion gehört, und daß man einen Bied von Bordeaux bis Odessa nur erstrecken kann, wenn man einen trageisernen Ueberfall auf die Sowjetunion beabsichtigt? Die deutschen Arbeiter werden sich das Geständnis Duisbergs merken!

### Macdonald mordet das indische Volk

# Drei Galgen in Lahore

## Das indische Volk steht auf zum Protest — Massenstreiks und Kundgebungen

London, 24. März. Gestern Abend wurden Bhagat Singh, Shivram Rajpura und Gurbh Singh im Gefängnis von Lahore gehängt.

Die Nachricht der Hinrichtung der drei indischen Freiheitskämpfer eilte wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Spontan bildeten sich riesige Demonstrationen. Die Arbeiter in den Betrieben legten die Arbeit nieder. Die Polizei besetzte die strategischen Punkte der Stadt mit Maschinengewehrposten. Wasserwagen durchrauten die Straßen.

In Karatschi marschierte heute ein Demonstrationsszug mit umflorter roter Fahne vor das Lager des Nationalkongresses. „Es lebe Bhagat Singh, es lebe der indische Befreiungskampf“, lautete der Ruf der Demonstranten.

Es wird damit gerechnet, daß heute in ganz Indien ein Proteststreik einsetzt. Polizei und Militär ist überall in Alarmbereitschaft versetzt worden.

In Bhagat Singh sind Tausende von Indern. Ist der Freiheitswille eines Hundertmillionenvolkes gemindert. Der Henker heißt Macdonald, Ministerpräsident seiner Majestät des Königs von England und Indien, ehrenwerter Mitglied der II. Internationale, die seine blutige Kolonialpolitik in zahlreichen Resolutionen gebilligt hat.

### Führende bürgerliche Wirtschaftler erklären:

## „Die Sowjetunion bläst unsere Luftschlöcher um“

### „Von einem ‚Sowjetdumping‘ kann nicht gesprochen werden“ — „Der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird siegreich sein“

In Wien wurde die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz abgeschlossen. Im Mittelpunkt ihrer Tagesordnung standen Beratungen über Maßnahmen gegen die Einwirkung sowjetischer Waren. Dort lag auch die Frage einer Konferenz der führenden Mächte und befristete als Einheitsfront für eine Antisowjetfront der mitteleuropäischen Staaten. Zu konkreten Beschlüssen gelangte die Konferenz jedoch infolge der Gegenstände der vertretenen kapitalistischen Staaten untereinander nicht.

Bemerkenswert ist, daß auf der Konferenz eine geradezu panische Furcht der Kapitalisten aller Länder vor der wachsenden Kraft der Sowjetunion und der klar hervorretretenden Ueberlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über die zusammenbrechende bürgerliche Wirtschaft zum Ausdruck kam.

Der Präsident der Ungarischen Landwirtschaftskammer, Graf Sopos, führte aus:

„Von Sowjetdumping im wahren Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden. Das wirtschaftliche Außenhandelsverhältnis scheint für die bürgerliche Wirtschaftsentwicklung vorteilhaft zu sein. Aber die Preisbildung ist von ganz anderer volkswirtschaftlicher Struktur bestimmt, als in kapitalistischen Ländern. Dies ist eine ungenutzte Gefahr, welche die kapitalistischen Länder ebenfalls wirtschaftlich, zweitens politisch schwer bedroht.“

Die Frage der gemeinsamen Abwehr der Sowjetunion muß energisch angefaßt und gelöst werden,

Freisgabe der elementarsten Lebensinteressen des Proletariats, Schlichtmacher und Befehl des Sozialismus in den imperialistischen Ländern; tausendfacher Mord in den Kolonien, Finanzierung und Organisation konterrevolutionärer, menschenwürdiger Umtriebe im Lande des Sozialismus: Das ist die Tätigkeit der II. Internationale.

Mit den Freiheitskämpfern von Lahore ist auch Gandhi gerichtet. Die Galgen von Lahore enthüllen mit unerbittlicher Klarheit die ganze Tiefe des Verrats, den Gandhi am indischen Volk beging. Millionen seiner bisherigen Anhänger werden ihm nicht mehr folgen. Der Protest der Massen gegen den dreifachen Mord richtet sich auch gegen die indische Bourgeoisie. Gandhi magte heute das Andenken der Gemordeten zu schänden, indem er in einer Rede in Neu-Delhi die indische Jugend vorwarnte, „dem Beispiel der Hingerichteten zu folgen“, weil das indische Volk sich durch „Mutausbrüche angefaßt der Hinrichtungen von Lahore selbst ins Unrecht lege“. Ein Empörungsschrei antwortete ihm. Der Empörungsschrei wird zum Orkan anschwellen. In den Kämpfen werden die wirklichen Führer im Freiheitskampf des indischen Volkes herauszuwachen.

Der Geist der Gemordeten von Lahore lebt millionenfach weiter. Die Toten mahnen: es gibt keine Veröhnung mit dem Imperialismus. Es gibt nur eins: Unerbittlichkeit gegen Sowjet bis aufs Letzte. Das indische Volk kann nur leben und frei atmen, wenn der britische Imperialismus zu Boden gerungen ist.

sonst bauen wir Luftschlöcher, welche die Sowjetunion einfach umblasen wird.“

Unter dergleichen geben die Kapitalisten also zu, daß ihr ganzes Herbe vom „Sowjetdumping“ fauler Jauber ist, erfinden, um insbesondere die hungernden bäuerlichen Massen gegen die Sowjetunion aufzuwachen. Ihr Feind ist das gesamte sozialistische System der Sowjetunion, das den Ausgeburteten der ganzen Welt zeigt, daß nur die Kapitalistenklasse die Schuld an Not und Elend trägt.

Der österreichische Bundeskanzler a. D. Stresemann machte bei seinen Bemühungen, die anwesenden Delegierten von der Notwendigkeit der Bildung einer festen Antisowjetfront zu überzeugen, folgendes Eingeständnis:

„Die Sowjetunion führt einen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, das ihr noch fehlt, nämlich Maschinen zur Durchführung ihrer Industrialisierung.“

Der Volkstrotz hilft nichts: Die Kapitalisten laufen sich geradezu ihre Beine ab, um Aufträge von der Regierung der proletarischen Diktatur zu erhalten. Es hat sich ein heiliger Konterrevolutionärskampf um solche Aufträge entsponnen. Die Kräfte des Kapitalismus sind bereits so weit vorgeschritten, daß sie trotz ihrer Ueberlegenheit die Aufträge der Sowjetunion mit Freuden annehmen. Darum gilt das Wort des Herrn Stresemann: Der Kampf der Sowjetunion und des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird siegreich sein!

## Kampftongreß der französischen Bergarbeiter wählt Zentralstreikkomitee

Paris, 24. März. In Douai tagte ein Kongreß der französischen Bergarbeiter, an dem 40 Delegierte der revolutionären und reformistischen Bergarbeitervereine teilnahmen. Angefaßt des Beschlusses der Gewerkschaften, den ersten Abzug der vorgezogenen Lohnminderung ab Montag, den 28. März, durchzuführen, unterstrichen die Delegierten den festen Willen der Bergarbeiter, am 30. März den Streik gegen das Unternehmertum zu beginnen. Sie ernannten ein Zentralstreikkomitee und nahmen eine Resolution an, die sich für die Kampfeinheit sowie für die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes ausspricht.

Nach Beendigung des Kongresses demonstrierten 2500 Bergarbeiter mit drei Kapellen und 30 roten Fahnen an der Spitze inmitten der sympathisierenden Bevölkerung durch die Stadt unter dem Rufe: „Es lebe der Streik!“

Zur gleichen Zeit hielten die Reformisten in Lenz eine Konferenz ab, wo sie Aufnahme neuer Verhandlungen beschloßen.

## Im Transitzug verhaftet

### Angehorene Provokation der Pilsudski-Diktatur

Warschau, 24. März. In Lenz drangen tschechische Spione in einen Transitwagen und verhafteten die Frauen zweier kommunistischer Sejmabgeordneten, des Genossen Wacznicki, der zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, und Gawron, der vom Sejm den Senken der Defensiv ausgeteilt wurde. Frau Wacznicki fuhr zu ihren kleinen Kindern, die in einem Heim für die Kinder der politischen Gefangenen untergebracht sind. Frau Gawron reiste mit einem Säugling. Die Verhafteten wurden in das berüchtigte Warschauer Frauengefängnis eingeliefert. Frau Gawron wurde das Kind weggenommen und einem katholischen Heim übergeben. Die Verantwortung für diesen niederträchtigen Ueberfall auf

die Frauen der kommunistischen Abgeordneten fällt nicht nur auf die politische Polizei Polens, die keiner der Verhafteten irgend etwas Konkretes zur Last legen kann, sondern auch auf die Behörden Deutschlands und Danzigs, denn ohne deren Einwilligung hat die Polizei Polens nicht das Recht, einen Transitwagen zu betreten.

## Französischer Appell

### auf sowjetrussische Bestellungen

Der französische Senator Dalbiez (Rechts-Partei), der noch vor wenigen Monaten mit heftiger Leidenschaft in der Zeitung „Le nouveau“ den Kampf gegen die Sowjetunion predigte, singt nun in derselben Zeitung ein Loblied auf die Erfolge des fünfjährigen und zieht den Schluß, daß Frankreich ebenfalls nach den Ergebnissen der deutschen Industriellenkreise den Handelsverkehr mit der Sowjetunion organisieren müsse.

Die „Kölnische Zeitung“ verweist diese Meldung mit dem folgenden charakteristischen Kommentar:

„Auch in Deutschland wird man dieser Stimme, die deutlich verrät, daß der Appell französischer Industrieller Kreise auf russische Bestellungen unter dem Eindruck des erfolglosen Scheiterns deutscher Wirtschaftler in Moskau geschwiegen ist, Aufmerksamkeit schenken müssen, denn gerade aus Frankreich kommen die wichtigsten Anträge an Deutschland, sich das Kollisionsverhältnis mit allen politischen Folgen genau zu überlegen! Zur selben Zeit aber ist man offenbar nicht abgeneigt, sich die Sache zu unterwerfen, wenn sich die Sicherung des Gewinns organisieren läßt.“

## Antibolschewistische Enten

In den letzten Tagen machen wieder einige Meldungen der Rigaer und Kownower Fälscherzentralen über „Parlamentarische Kämpfe in Georgien“ und „Aufstände im Kaukasus“ in der deutschen Presse aller Schattierungen die Runde.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet hierzu: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Meldungen über Aufstände in Georgien und Aserbeidschan sind falsche, absolut nicht begründete Erfindungen.



# Rund um den Erdball

Zweiter Tag im Mordprozeß gegen den „ostpreussischen Tetzner“

## Die Witwe des ermordeten Melkers als Zeugin gegen Saffran

Saffran bittet einen Ueberfallenen weinend um Verzeihung

### Die Rastenburg Kopffäger

Rastenburg, 24. März. Der zweite Tag im Mordprozeß gegen den „ostpreussischen Tetzner“ begann mit der Zeugenvernehmung, die den ganzen Tag andauerte. Im Laufe der letzten Wochen haben sich bei der Staatsanwaltschaft rund 15 Personen gemeldet, die von den Angeklagten Saffran und Kipnik auf ihren nächstliegenden Autofahrten angefallen sein wollen. Durch diese beharrliche Jagd nach einer Leiche haben Saffran und Kipnik bereits den Spitznamen die „Rastenburg Kopffäger“ erhalten.

Bei Eröffnung der Verhandlung erklärte der Anwalt der Angeklagten Augustin, daß Kipnik am Montag in der großen Halle verhaftet habe, die Angeklagte Augustin zu beeinflussen. Kipnik habe ihr zugeschworen: „Ella, rette mich, dann rette ich dich auch.“ Kipnik betritt, überhaupt Gelegenheit gehabt zu haben, mit seinen Mitangeklagten sprechen zu können.

### Ein Ueberfallener als Zeuge

Der 27jährige Hilfsmonteur Paul Friedreich aus Rastenburg ist einer von denen, der von den Rastenburg Kopffägern überfallen wurde und der nun als Zeuge gegen sie aussagt. „Ich stand am 15. Juni 1930 zwischen 12 und 1 Uhr am Ausgang der Stadt Rastenburg, wo weit und breit kein Haus ist. Plötzlich kam ein Auto, hielt bei mir an, und der Angeklagte Kipnik ließ aus, der mich eine Zigarette anbot und mich dann einlad, mit nach Sortitten zu fahren, damit ich ihnen den Weg dorthin zeige. Abnunglos ließ ich in das Auto, und Kipnik fragte mich unterwegs in aufbringlicher Weise aus, wer ich sei und wo ich wohne. Der Angeklagte Saffran drehte sich zweimal in auffälliger Weise nach Kipnik um. Da bekam ich es mit der Angst zu tun. Im Dorf Sortitten bat ich Kipnik, halten zu lassen, da ich aussteigen wollte. Doch kaum hatte ich die Tür des Wagens geöffnet, als ich einen Schlag über den Kopf bekam, der mich eine Sekunde des Bewusstseins beraubte. Saffran verlor sich mich in den Wagen hineinzuschieben. Ich ließ mich aber los, wobei ich wiederum zwei Schläge auf den Hinterkopf bekam. Mit letzter Kraft hüpfte ich auf die Straße, schrie laut um Hilfe und brach dann zusammen. Ich hörte aber noch, wie Saffran zu Kipnik rief: Halt ihn doch fest!“

Verteidiger: Herr Zeuge, Sie haben doch öfter in Rastenburg zu tun gehabt. Haben Sie da nicht die Leute wiedererkannt, die Sie überfallen haben?

Zeuge: Ich habe Kipnik wohl wieder erkannt. Da er aber in Rastenburg einen glänzenden Ruf hatte, getraute ich mich nicht, gegen ihn vorzugehen und glaube vielmehr an eine Sinnestäuschung. Auch bei Saffran war ich meiner Sache nicht sicher. Fräulein Augustin, die hinten im Wagen saß, konnte ich nicht erkennen, da sie eine Decke vor dem Gesicht hatte.

Saffran (weinend): Herr Friedreich, ich bin in dieser Nacht wohl mit 5 Jahren Gebirgen durch das Land gefahren, aber doch wollte ich nicht, daß Ihnen etwas passieren sollte. Ich bitte Sie hiermit um Verzeihung für das, was Ihnen angetan worden ist.

### Die Witwe des ermordeten Melkers

Während die Witwe des ermordeten Melkers Dahl den Schwurgerichtssaal betritt, um als Zeugin vernommen zu werden, bricht die Angeklagte Ella Augustin in Weinen aus. Frau Dahl behauptet, daß ihr Mann um 1 Uhr nachmittags am 12. September das Haus verlassen hatte,

### 6 Millionen Dollar für einen Grafen

Im großkapitalistischen „Berliner Tageblatt“ finden wir auf dem Spezialmarkt, in dem sich die jüdische und russische Bourgeoisie möglichst teuer verknüpft, folgende Anzeige:

#### Ich bin beauftragt

für 2 unabhängige Amerikanerinnen, Anfang und Mitte 30, elegante Erscheinungen, Blondinen, englisch sprechende Herren aus der Aristokratie, mögl. vom Grafen an, zwecks Ehe zu suchen. Die Damen besitzen ein Vermögen von

6 Millionen Dollar  
u. 3 Millionen Dollar

somit verfügbares Kapital. Ausführl. Zuschriften erbeten. Besuch tagl. 12-6 Uhr, außer Sonntag. Auf Wunsch Abholung mit meinem Auto.

#### Jose von Riesenenthal

Berlin W 50, Kurlärstendamm 12.

Telephon: Bismarck 2212 u. 2232.

Langjähr. vorn. Eheanbahnung für In- u. Ausland.

100 sechs Millionen Dollar für einen blaublütigen Deutschen! So heißt die „Heiligkeit der Ehe“ in der Praxis der gottlosen, grübeln amerikanischen Hundertprozentigen aus. Sie suchen also die blaublütigen Lebenspartner aus dem alten Europa, um dessen Arbeiterklasse eben dabei ist, diese parasitären Nachkommen von Bauernjüngern und Begehrerern endgültig zum Tausel zu jagen.

um nach längerer Arbeitslosigkeit zum ersten Male keine neue Stelle in Löhnen anzutreten. Nach Verabredung sollte Dahl in Löhnen übernachten und am anderen Tage zu seiner Frau nach Königsberg zurückfahren. Doch Dahl kam von dieser Fahrt nicht wieder. Ein Justizwachmeister verbreitet dann auf dem Gerichtshof die Kunde der Klüftung der Kiste aus, die man bei der Leiche im Speicher des Saffran'schen Geschäfts gefunden hat.

Frau Dahl: (Schluchzend) Ich kenne die Sachen als die meines Mannes wieder. Das hier war seine Jade und dieses Hemd hier war sein Hochzeitshemd, das er an dem Tage angehabt hat.

### Neue oder Theater?

In dem Augenblick, als Frau Dahl den Saal verlassen will, erhebt sich Saffran, um eine Erklärung abzugeben. Weinend wendet er sich an die Zeugin.

Saffran: Frau Dahl, jawohl, ich bin mitschuld an dem Tode Ihres Mannes. Ich sehe Sie aber an, verzeihen Sie

das, was wir getan haben. Und wenn Sie es heute noch nicht tun können, dann tun Sie es bitte später.

Frau Dahl, nicht eines Wortes mächtig, schüttelt nur leise mit dem Kopf. Jetzt erhebt sich auch Kipnik und erklärt sich, jedoch ohne tiefere Erregung zu zeigen: Auch ich bitte Sie um Verzeihung, Frau Dahl.

In die allgemeine Rührseligkeit, die sich durch diese dramatischen Szenen im ganzen Saal ausgebreitet hat, pläzt der Oberstaatsanwalt mit der schneidigen Erklärung: „Herr Vorsitzender, ich bitte den beiden Angeklagten dorthin zu gehen, wo sie von ihnen trotz der Erklärungen über den Theater gespielt hat.“

Verteidiger: Herr Staatsanwalt, der Angeklagte Saffran hat bestimmt kein Theater gespielt!

Auf die Frage des Vorsitzenden an Kipnik, ob er nun gestehen wolle, erklärt Kipnik mit fester Stimme: „Ich bleibe bei meinen bisherigen Erklärungen.“

(Die Verhandlung geht weiter.)

### Die Rastenburg Kopffäger

In der hinteren Reihe die Hauptangeklagten Saffran (stehend), seine Sekretärin Ella Augustin und sein Angestellter Kipnik — in der Reihe davor die Verteidiger — in der vorderen Reihe weitere Angeklagte, darunter (mit dem Hut in der Hand) der Bruder der Augustin.



Zuchthausurteil im Fredenbecker „Hexenprozeß“

## Uberglaube fordert zwei Menschenopfer

Ein Bauerngehöft in Flammen gefeßt, um „Hexenbücher“ zu verbrennen

Stade, 24. März. Das Stader Schwurgericht verurteilte nach zehnjähriger Verhandlung den Händler Tiedemann und den Landwirt Meher wegen gemeinsamer vorsätzlicher Brandstiftung, wobei der Landwirt Stöft und seine Mutter verbrannten, zu vier Jahren und 2½ Jahren Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wird beiden angerechnet.

Mit diesem Zuchthausurteil ist für die Klassenjustiz dieser „Fall“ erledigt. Für die aufgeregte Arbeiterklasse jedoch hat dieser Fall auch nach der Urteilsverkündung eine ungeheure prinzipielle Bedeutung. Denn was sich in den zwei Gerichtstagen dort an hinterem Hintergrund offenbarte, ist eine verflucht ernste Mahnung, noch bedeutender mehr als bisher die Aufklärung aus der Stadt aufs Land zu tragen.

Man überlege in aller Ruhe. Da stehen im Jahre 1931 zwei Angeklagte vor dem Schranken des Gerichts, die sich durch nichts von dem Jrmahn heilen lassen wollen, daß die Mutter des Landwirts, dessen Haus sie in der Mitternachtsstunde angezündet haben, eine Hexe gewesen sei. Zwar räumen sie ein, daß sie diese Hexe nicht verbrennen, sondern ihr nur einen Dentschettel geben wollten. Ihnen sei es vor allen Dingen um die

„Hexenbücher“ zu tun gewesen, mit deren Hilfe die alte Frau Hecht das Vieh in der Umgebung „verhexte“, so daß es erkrankte sei. Jawohl, wiederholte der Angeklagte Tiedemann an seinen zum vorgeschätzten Zeitpunkt: „Ich bleibe dabei! Als ich im Dezember 1930 Frau Hecht in meinem Stalle aufhalten sah, ist die Sau am folgenden Tage auf geheimnisvolle Weise erkrankt!“

Bei der Zeugenvernehmung produzierte sich ein Geisteslicher, der Herr von Müller, ein abnungsvoller Engel. Er sagte aus, daß der Uberglaube auf dem Lande noch viel verbreitet sei. Das stimmt nicht, lieber Herr, aber durch wessen Schuld diese bedauernswerten Menschen in dem mittelalterlichen Uberglauben noch heute befangen sind, verweigert er wohlweislich. Dafür haben wir um so mehr Ursache, immer wieder und wieder darauf hinzuweisen, daß nur im Schatten des Kreuzes sich der ganze Müß und Wief des finsternen Mittelalters bis auf den heutigen Tag erhält. In Wirklichkeit müßten also neben diesen beiden bedauernswerten Angeklagten auch die Pfaffen aller Konfessionen auf der Anklagebank sitzen, denn sie haben nicht weniger Schuld daran, daß heute noch, im Jahre 1931, Menschen an Hexenbesessen, Kobolden, Sinnen und Hölle und sonstigen übernatürlichen Spul glauben.

### Feuerlöschung in rasender Fahrt umgeflipp

Fünf Feuerwehrlente tot — Neun schwer verletzt

Newport, 24. März. In Malverin, im amerikanischen Staat Pennsylvania schlug ein vollbesetzter Kraftwagen der Feuerwehr auf der rasenden Fahrt nach einer Brandstätte in einer Kurve um und beugte sämtliche Feuerwehrlente unter sich. Fünf Feuerwehrlente wurden auf der Stelle getötet, neun schwer verletzt.

### Siebenjährige rettet Fünfjährige

Dem siebenjährigen Arbeitermädchen Annellee Hufnagel aus Seidelberg gelang es am Montag unter Lebensgefahr, ein fünfjähriges Mädchen, das in dem Redar gefangen war, zu retten. Ohne sich einen Augenblick zu besinnen, war es sofort dem Rinde nachgesprungen, halte es mit einer Hand an den Haaren gepackt und erreichte tatsächlich schwimmend mit ihm das Ufer. Doch fehlten der tapferen Annellee die Kräfte, die Kleine aus dem Wasser über die Ufer-

mauer zu schaffen. Darum hielt sie sich solange fest, bis Erbachsene die beiden Kinder herauszog.

### 5 Tage, die Nerven kosteten

Ein amerikanischer Marineflieger, der in bei vergangenen Woche in der Panamafantafone abgefliegen war, ist jetzt, nachdem er 5 Tage ohne Nahrung auf dem Meere getrieben hat, von einem deutschen Dampfer aufgefliegt worden. Der Flieger hat sich zwei Tage, auf seinem Flugzeug treibend, halten können und als dieses sank, befleg er ein Gummiboot, in dem er noch drei Tage herumfuhr. Während dieser Zeit wurde er ständig von einem Rude! Feilsche umringt.

### Freispruch im Mordprozeß Bauer

Am Montag wurde in Wien im Mordprozeß Bauer das Urteil verkündet. Bauer, der beschuldigt wurde, eine Frau im Leinzer Tiergarten ermordet zu haben, wurde nach stundenlangem Beratung freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt.

Rechtsanwalt



# Aus der Arbeit der R.G.O.

**Ortsgruppe des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes kommt geschlossen zur RGO!**  
**Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz am 19. April - Wo bleiben die anderen Zahlstellen und Betriebe?**

In einer Mitgliederversammlung des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, Zahlstelle Z u g e r n, am Samstagabend, gelangten die nachfolgenden Entschlüsse zur Annahme.

### Entscheidung

Die Mitgliederversammlung des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, Zahlstelle Z u g e r n, nimmt das Referat des Hauptvorstandsmitglied des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands über die Lage im Bergbau und den Kampf der Bergarbeiter um Brot und Arbeit und die Beschlüsse der 1. Reichskonferenz des EVBD entgegen.

Sie begrüßt die Gründung des EVBD und die Einberufung des 1. Verbandstages am 2. und 3. 1931 nach dem Aufgebote.

Infolge des jahrelangen Verrats der Gewerkschaftsbürokratie und des ungeheuren Hungerlohns der Grubenbarone, ihrer Regler und der mit ihnen verbundenen freibetrieblichen Gewerkschaftsbürokratie, ist die Gründung des EVBD zur zwingenden Notwendigkeit geworden und ist kein Weg zu sein.

Der Temporeislauf hat in erster Linie in Mitteldeutschland schnellstens abgebrochen werden. Dazu bietet der Sturmplan der RGO, Schaffung von 5000 Mitgliedern für die RGO, und die Streikempfehlung der Betriebe für die Industrieergänzung Bergbau die besten Möglichkeiten. Hiermit wird gehalten die Massenbasis für den roten Verband auch in Mitteldeutschland, als gewerkschaftliche Massenorganisation.

Macht Schluss mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die im Vorkampfe der Reichskonferenz die Mehrheit haben und einen 15 Millionen Rentensatz an den Bergarbeiter-Invaliden durchzuführen. Die Brüning-Regierung hat mit der SPD und den 33 Gewerkschaftsführern im Reichstag gleiche Summen für die ohnehin schon bewilligten schon jahrelang in der Offiziere der Grubenbarone fließt und für die Raubmaßnahmen an den Bergarbeitern verantwortlich ist und die volle Schuld trägt.

### Entscheidung

Die Mitgliederversammlung des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, Zahlstelle Z u g e r n, erkennt den Beschluss, die optionelle Zahlstellenentlastung der Funktion zu entziehen und das Einleiten einer kommunistischen Parteiverwaltung durch die Gewerkschaftsbürokratie nicht an.

Die Mitgliederwahl befreit die von ihr gewählte Zelleung als die ihrige, die das Vertrauen besitzt, die sich nur für die Interessen der Bergarbeitermitglieder einsetzt.

Sie hat immer den schärfsten Kampf gegen Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung, Mehrarbeit, Massenentlassung und Verhinderung gegen die Reichskonferenz gefordert, während die Gewerkschaftsbürokratie schon jahrelang die Offiziere der Grubenbarone fließt und für die Raubmaßnahmen an den Bergarbeitern verantwortlich ist und die volle Schuld trägt.

Sie erkennen an, daß nur unter Führung der RGO und des EVBD, neben den gewählten Beschlüssen der Reichskonferenz, den kapitalistischen Raubmaßnahmen der verhasste Kampf und Streikempfehlung werden muß.

Macht die Betriebe freier! Macht nur rote Einheitsfront!  
 Schafft die Massenbasis gemäß dem Sturmplan der RGO!  
 Schafft die gewerkschaftliche rote Massenorganisation!  
 Die Mitgliederversammlung beschließt den Beitritt zur RGO!

## Lohnabbau in der Güterwarenindustrie

Her zur RGO - Rüstet zum Kampfe!

D. S. Nachdem die sozialfaschistischen Gewerkschaftslogen des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes dem Willen der Nährindustriellen Rechnung getragen haben und die offene Zustimmung zum 6%prozentigen Lohnabbau geben, sind sie jetzt dabei, mitzuwirken am Lohnraub bei den Güterwarenarbeitern und -arbeiterinnen. Die Unternehmer haben zum 31. März den Lohnstark gehindert mit der Forderung auf 10-12 Prozent Lohnabbau. Wenn es einen Industriezweig gibt, wo speziell Arbeiterinnen dem Schmaragdmetall in Betriebe ausfüllte ausgelegt sind, dann ist es die Güterwarenindustrie. Steigerung der Produktion bis auf 160% durch Rationalisierungsmaßnahmen und Waff. Die härtesten Arbeitermethoden werden angewendet, um für recht wenig Lohn recht viel Arbeitsleistung und somit hohen Profit zu erzielen.

Ein großer Teil Unternehmer ist dazu übergegangen, den Waff, den sie erst eingeführt haben, zu befehlen. Aber nicht etwa aus Mitleid mit den aufs härteste ausgebeuteten Arbeiterinnen, sondern um für den maximalen Zellsinn dieser Waffbehebungen zu sorgen.

Von den Auswirkungen der Krise ist dieser Industriezweig ganz

besonders hart betroffen. Die Arbeiterfamilien, die nicht das nötige Brot auf dem Tisch haben, können erst recht nicht an Schokolade und andere Süßigkeiten denken. Deshalb wird der ohnehin niedrige Lohn der Güterwarenarbeiter und -arbeiterinnen getrübt durch verfürzte Arbeitszeit. Drei und vier Tage arbeiten ist durchschnittlich die normale Arbeitszeit für die Arbeiterinnen dieses Industriezweiges. Und nun sollen noch 10 Prozent von dem Hungerlohn getrunken werden.

Fast konnte man annehmen, daß die sozialfaschistische Bonaparte, denen die Elendslage dieser Arbeiterfamilien natürlich nicht unbekannt ist, dem Elend und der Not der Güterwarenarbeiter und -arbeiterinnen Rechnung trägt und den Lohnraub durch die geschlossene Front der Ausgebeuteten entgegenstellt. Sollte doch die „Einigkeit“, Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, anlässlich der Lohnrückbildung durch die Arbeitgeber in Nr. 8 vom 19. Februar folgende bedeutungsvolle Sätze:

„Die Süßwarenindustrie kann eine Lohnsenkung nicht mehr ertragen. Fast überall ist eine Kürzung des Lohnes in verlässlicher Maße bereits vor sich gegangen.“

Dann folgen eine ganze Reihe aufsehenerfüllter Fälle, wo der verheerende Lohnabbau nachgewiesen wird. Am Schluss dieses Artikels heißt es ganz empört: „In Hand ihrer Taten ist der Betribe erbracht, daß in der Süßwarenindustrie ein heulender Lohnabbau bereits stattgefunden hat (bei dem die Bonzen mitgeholfen haben) und daß ein weiterer Lohnabbau von der Arbeiterfamilie nicht mehr ertragen werden kann.“

Diesem Waff schließen sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen an und sind überzeugt davon, daß die Organisation des Streiks gegen die Lohnräuber das einzige Mittel ist, den Lohnraub zu verhindern. Für was sind sie in der Gewerkschaft? Für was beschließen sie ihre hohen Beiträge? Für was, damit die Gewerkschaftsführer ihre Interessen mit ihnen treten. Damit sie auf Kosten der Gewerkschaftsmitglieder einen Verrat nach dem anderen begehen können. Sollte nicht jeder einzelne Arbeiter oder jede Arbeiterin gefragt, daß ihre „Einigkeit“ alles aufgeben werden, um den Lohnraub zu verhindern? Jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin klingt der letzte Satz immer wieder in den Ohren, schmeißt sie fester zusammen in der Organisation des Kampfes gegen die brutalen Unternehmer, die den furchtbaren Lohn weiter fügen wollen, „daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr ertragen werden kann.“

Die Arbeiterinnen in den Betrieben warten, warten und warten auf die Antwort ihrer „Einigkeit“. Die RGO gibt sich die größte Mühe, ruft Verammlungen ein, gibt Flugblätter heraus, macht die Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam, daß sie nicht werden, um den Lohnraub zu verhindern? Jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin klingt der letzte Satz immer wieder in den Ohren, schmeißt sie fester zusammen in der Organisation des Kampfes gegen die brutalen Unternehmer, die den furchtbaren Lohn weiter fügen wollen, „daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr ertragen werden kann.“

Doch schon erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Süßwarenindustrie die Antwort: „Eine Antwort, wie sie von Heiligen und eklektischen Schichten nicht anders erwartet werden kann. Menschen, die das Vertrauen anderer ausnutzen, um sie zu betrügen, an die Unternehmer verraten und verkaufen, haben kein Recht, sich beleidigt zu fühlen, wenn ihnen die Arbeiter auf Schritt und Tritt das ins Gesicht schreien, was sie im Wirklichkeit sind - abgeleitete Arbeiterverratler!“

Erst drücken sie radikale Phrasen, um dann den Betrag besser durchzuführen zu können und offenen Verrat von Arbeiterinteressen üben zu können.

Erst schreiben sie, „daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr ertragen werden kann“. Dann heißt in Nr. 12 der „Einigkeit“ unter der Überschrift „Lohnabbauverweigerung in der Süßwarenindustrie gelagert“ nachfolgendes zu lesen: „Unser Entgegenkommen, den Lohn um 4 Proz. zu kürzen, wurde vom Dabu abgelehnt!“

„Ist dies nicht elender Betrug? Arbeiter und Arbeiterinnen der Süßwarenindustrie, begreife auch du, daß die Forderungen der Unternehmer sind, daß sie kein kleines Vertrauen besitzen, dich um so besser verraten zu können. Acht Vertrauen den Beträtern. Reiß dich ein in die RGO! Hilf uns Betriebsgruppen schaffen! Hilf uns die Voraussetzungen zu schaffen, den Ausbeutern und ihren Helfern der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie den verhassten Profit zu verzeihen. Nur unter Führung der RGO als Kampforganisation wird es möglich sein, die Angriffe des Unternehmers auf dich zurückzuschlagen und darüber hinaus für dich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

### Gründlichere Fraktionsarbeit bei den Weizenbäuerinnen

A. R. In Weizenfelds fand eine Mitgliederversammlung der Bauernschaft statt. Trotz guten Zutreffens oppositioneller Kollegen wurde eine lendenahme Entschlußnahme der Reformisten gegen den Lohnraub angenommen und eine Kampfeinleitung der RGO allenfalls genehmigt. Die Bonzen hatten einige Schlägen besonders zur Verammlung bestellt für die RGO muß das der Anlaß sein, gründlichere Fraktionsarbeit zu leisten. Es gilt, die Nachläufer der Bonzaparte, soweit sie nicht absolut sozialdemokratisch veranlagt sind, für uns zu gewinnen. Schafft die rote Kampforganisation mit den Unorganisierten und rüstet auf der ganzen Linie zum Bauernkämpfe.

### Wichtige Versammlungen u. Konferenzen

**Achtung, RGO-Delegierte Halle-Saalkreis**  
 Die Delegiertenkonferenz der RGO für Halle-Saalkreis findet am Sonntag, dem 29. März, vormittags 10 Uhr, in Halle im Lokal Hübner, kurze Gasse (Höhe Leipziger Turm) statt. Alle Ortsgruppen müssen sofort ihre Delegierten melden. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.  
 Bezirkskomitee der RGO

**Bauerarbeiter, Maurer, Zimmerer von Halle**  
 Am Freitag, dem 27. März, 20 Uhr, findet in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, eine Fraktionsversammlung statt. Alle Parteimitglieder und RGO-Mitglieder müssen erscheinen.  
 RGO Industrieergänzung Bau,

## Kampfwahlen der Gummiprolen

Die Belegschaft des Gummiwerks Elbe führt die roten Betriebsratswahlen auf der Grundlage folgenden Kampfsprogramms durch:

1. 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
2. Durchgehende Betriebe 6-Stunden-Tag zur Einlegung der 4. Schicht mit Lohnausgleich.
3. 20 Minuten bezahlte Stoppause für alle Abteilungen.
4. Für Staub- und Flüssigkeit täglich 1 Liter Milch.
5. Badeeinrichtungen, Waschgelegenheiten und eigenständige Klosets.
6. 1/2 Stunde bezahlte Beiseit für alle Belegschaftsmitglieder pro Woche.
7. Für die Betriebe Schloßerei, Walfahrt und Reisefahrt täglich eine halbe Stunde Beiseit.
8. Überwachung der Krankeisem- und Rezeptgebühren durch das Werk.
9. Arbeitsleistung und Reinigung derselben für alle Arbeiter.
10. Bezahlung der Kapfenner durch den Unternehmer.
11. Aufhebung der Sühne um 10 Prozent.
12. 3 Wochen Urlaub für alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach Ablauf des ersten Jahres.
13. Bezahlung der Berufsgenossenschaften durch den Unternehmer.
14. 4 Wochen Urlaub für alle Ehefrauen und Jugendliche unter 18 Jahren.
15. Einweisung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.
16. Volle Verammlungsfreiheit im Betrieb.
17. Bereitstellung von Mitteln für die Erwerbslosen durch das Werk.
18. Für den Kampf gegen Lohnraub und faschistische Diktatur bis zur endgültigen Befreiung der Arbeiterfamilie!

## „Lohnkämpfe führen ist Blödsinn...“

Generalversammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter am 22. März, „Volkspart“

A. R. Nachdem die Mitgliederversammlungen stets von der Opposition beherrscht wurden und selbst der Oberbunze Kanfes aus Neffion nicht spg, hat der Hauptvorstand das Delegiertenfestmiffen differt. Nachdem die Herren Angehörigen nun ein halbes Jahr in Ruhe „arbeiten“ konnten, ohne durch Quartierverammlungen gestört zu werden, erlittete Strauß als Bezirksleiter den Geschäftsbericht. Er konnte von großen Erfolgen für die Unternehmer berichten, denn der Lohnraub ist fast auf der ganzen Linie gestillt. Bei den Kandidaten für Sekretoren in den Wahlen und nicht zuletzt in der Süßwarenindustrie Erfolg auf Erfolg für die Unternehmer. Damit die Schlichtungsinstanzen nicht erst in Kraft zu treten brauchen, hat die Organisation stets das „kleinere Uebel“ gewählt und ist den Unternehmern entgegengekommen.

Wenn die Konjunktur wieder ansteigt soll alles wieder wieshergemacht werden! Am Wörigen will sich Strauß auch wie bisher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden weiteren Lohnraub wehren. Da können sich die Unternehmer freuen.

An der Distalton wurde dieser Phrasensinnall nun rechte Licht gerückt.

Schmeißt die Einheitsfront aller Betriebsarbeiter ohne

## Chemieproleten! Antwortet den Lohnräubern!

Am Sonntag, dem 29. März, findet in Halle, Lorenzstraße 14, 10 Uhr, die große Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Chemiebetriebe statt.

### Tagesordnung:

1. Stand der Lohnbewegung und der Streiforbereitungen in der Chemie. Ausgang der Betriebsrätenwahlen.
2. Sturmplan.
3. Wahl der Industrieergänzung.

Die Betriebsrätenwahlen zeigen den kümmerlichen Vorrat der RGO. Die Chemieproleten marschieren! Nützt die glänzende Stimmung! Wählt überall vorbereitende Kampfsitzungen!

## Macht die Chemie-Betriebe streikreif!

### Interieur der Partei gegen Unternehmertum gegen National- und Sozialfaschismus.

Das war der Schlußappell, den der oppositionelle Distaltonredner an die Delegierten richtete.

Der Rednerbericht lag schriftlich vor und wurde vom Kassierer Viehle erläutert. Hier war am besten zu ersehen, wie weit die Organisation vom Standpunkt der Kampforganisation herabgefallen ist, zu einem Unternehmertum gegen Arbeiter und Partei. Rund 48 000 März Wagnern für die Arbeitslosen, Kranken- und Altersunterstützung sehen im Geschäftsjahr 1930 ganze 79 März in Worten neunundachtzig März für Lohnbewegungen gegenüber! Als auf diese Tatsache in der Distalton hingewiesen wurde, war der Bonze Viehle so aufgebracht, daß er in seinem Schlußwort die Rede aus dem Bord ließ: „Jetzt Lohnkämpfe führen ist unmöglich, ja, ich sage sogar das ist Blödsinn.“ So erklärte er wörtlich. Nun dieser Ausdruck war keine persönliche Meinung. Hier wurde einmal das ausgesprochen, was die gesamten Bonzen denken, aber nicht aussprechen.

Deshalb kein Vertrauen den „Arbeiterverratern“. Bildet die rote Einheitsfront in den Betrieben. Kampf den Lohnräubern und ihren Helfersheern.

### Werkstatthalten provozieren die Kumpels

Wählt nur rote Betriebsräte im Geiselt

A. R. Die famose Bergkapelle der Braunbrotkumpel, die Kapelle von Grube „Leonhard“, im Geiselt, sog nach einer Vererbung nach Reumart zu Schumanns Geiselt. Dort wurde „Eine draufgemacht“. Die Mitglieder der Kapelle besaßen sich wie die Schmeine. Sie blieben auch nicht unter sich, sondern sie gingen in die Gasthube und in andere Räume des Lokals und provozierten die dort weilenden Kumpels. Alles wollten sie verdrängen. Einz gelangten sie Wäder von Wädf Hüller; damit teilen sie kund, daß sie Leute vom sogenannten „Dritten Reich“ seien. Ein gewisser Sommer schämte sich nicht, einen Schwerebeschädigten anzugreifen. Gendarmerei ließ sich dabei nicht leben. Es kam sogar zu Waffertretungen. Nach Schluß der „Kampagne“ in Reumart wurde in Geiseltwädf weitergefahren. Über diese Bauaufgabe von der Leonhard-Kapelle ist die breite Öffentlichkeit empört. - Kumpels vom Geiselt! Ihr seht, die Leute vom „Dritten Reich“ haben sich richtig entpuppt. Macht Schluss mit der Sorte. Wählt in jedem Schritt rote Betriebsräte! Gegen diese Provoaktionen hilft nur der feste Zusammenhalt und der unerschöpfliche Kampf unter Führung der RGO gegen faschistische Diktatur und Lohnraub.





Mittwoch, den 25. März 1931.

### Zu uns — mit uns!

(Von den roten Agitatoren der hallischen Arbeiterschaft geschrieben)

Rote Taten wach'n im Winde,  
An der Hand hing durch die Welt.  
Cant löst das Kampfspiel,  
Cant löst das Kampfspiel!

Wacht uns frei von Unterdrückung,  
Von der Knechtschaft Qual,  
Komm, Genosse, lasse Schritt,  
Marschier' in unserer Reihen mit!

Wir stürmen müd, küß,  
Das Kommando führt Lenin,  
Jungproleten, angetreten,  
Ufsteigstehen gib's nicht mehr,  
Komm zu uns, reiß dich ein,  
Komm zu uns, reiß dich ein,  
An der Hand ist stark und tüchtig,  
An der Hand ist tüchtig.

Refrain: Komm, Genosse, lasse Schritt...

Eine neue Welt zu bauen  
Ohne Knechtschaft, ohne Not  
Und frei von Sklaverei,  
Und frei von Sklaverei,  
Das ist unser einzig Streben,  
Das ist unser Ziel.

Refrain: Komm, Genosse, lasse Schritt...

### Der Norden meldet

Die Genossen des Stadtteils Norden teilen mit, daß es ihnen am letzten Sonntag gelungen ist, 20 neue Mitglieder für die Kommunistische Partei zu werben! Des weiteren haben sie 6 neue Abonnenten für die „KZ“ gewonnen.

### Und der Süden?

Berichtet, daß in einer Straßengasse von den Genossen 6 neue Parteimitglieder gewonnen, zwei neue „Klassenkampf“-Leser und 9 Abonnenten für die „KZ“ gewonnen wurden. Die Werbeergebnisse aus den anderen Straßengassen liegen noch nicht vor. Sie sollen aber schließlich gemeldet werden. Also abwarten, welche Heberaktionen der Süden weiter bringen wird!

### Zentrum ist immer noch an der Spitze

Das bedeutet aber nicht, daß die Werber vom Zentrum bei ihren 36 Neuaufnahmen stehen bleiben müssen oder sich gar auf ihren „Zustrom“ anlehnen sollen. Die Anstrengungen müssen verdoppelt werden. Wir brauchen noch viel mehr Mitglieder!

### Der Westen mit 25

Neuaufnahmen kann sich zwar lassen, aber 50 Neuaufnahmen sind schon besser. Aber was nicht ist, kann und muß noch nachgeholt werden. Auf die Werberkräfte der Stadtteile Osten und Südosten sind wir sehr gespannt. Bis jetzt liegen noch keine Meldungen vor. Wir hoffen, daß die Genossen aus diesen Stadtteilen mit Bombenergebnissen kommen. Auf alle Fälle: Die Werbung geht weiter. Es ist zum 31. März! Ziel!

### Verdoppelung der Parteimitgliedschaft

### Dumm — frech — verlogen

Die kommunistische Fraktion hat durch ihr unwürdiges Benehmen in der letzten Stadtverordnetenversammlung der werktätigen Bevölkerung Halle's eines nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt, denn viele ihrer eigenen Anträge und die der SPD hätten geltend eine Mehrheit gefunden, wenn nicht die Kommunisten wegen ihres unwürdigen Benehmens auf mehrere Sitzungsgebäude ausgeschlossen worden wären...

Diese sich über das Verhalten der Kommunisten in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung entzündenden Sätze fanden gellern im „Volksblatt“. Glaubt man, daß die Genossen, die ohne Zweifel das Präsidat eines gesitteten und jederzeit zu Würde und Ansehen gehobenen sozialdemokratischen Stadtrats verdient, deshalb ist auch jemand von einem „unwürdigen Benehmen“ der Kommunisten die Rede. Welchen Zweck verfolgt diese gehäßige und dumme Auslassung des „Volksblattes“? Um diese Frage zu beantworten, muß man zunächst an einige Tatsachen erinnern.

In der am Montag voriger Woche stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden 20 Kommunisten von Buße und dem Bürgerhof (die Buße nicht zu verzeihen!) für 3 Sitzungen ausgeschlossen. Warum das wohl? Gottlieb meint, wie das obige Zitat aus dem gefügigen „Volksblatt“ beweist, wegen „unwürdigen Benehmens“. Es ist also unüblich, wenn die Vertreter der Arbeiterschaft im Stadtparlament gegen die Vorwürfe der Sozialisten protestieren und von nationalsozialistischen Vorwürfen sprechen.

Nun sind aber die Ausschüsse der Kommunisten durch Buße und den Bürgerhof nicht nur unter Protest der SPD-Fraktion, sondern auch unter Protest der sozialdemokratischen Fraktion erfolgt. Die Sozialdemokraten hielten nicht nur gegen die Ausweisung der Kommunisten aus und Buße gefordert, sondern schloß die Sozialdemokraten das Vorgehen des Stadtrates Buße abgeben und die Ausschüsse der Kommunisten als ungesetzlich (!) bezeichnet. Zum „Protest“ gegen die Solidaritätsunterstützung des Bürgerhofes mit den falschlichen Weidmördern und die Proklamieren der Nazis hat dann die SPD-Fraktion — ebenso wie die Kommunisten — die Sitzung verlassen.

Nach der Buße des gefügigen „Volksblatt“ war auch dieses Verhalten der SPD unwürdig. Wie kann man bloß dagegen protestieren und dagegen stimmen, wenn Kommunisten hinausgeworfen werden. Wo es doch Gottlieb für höchst unwürdig hält, wenn man von nationalsozialistischen Vorwürfen spricht. Das gehört sich einfach nicht für einen anständigen Menschen. In dem Wasserwerk des Stadtrates wird das ebenfalls nicht hineingehen.

Wir kommen somit zu der Schlussfolgerung, daß der Schmierfink Kaparek die Fehler des „Volksblatt“ für ebenso dumm hält, wie er selbst ist. Die Auslassung des gefügigen „Volksblatt“ stellt eine infame Verdröpfung der Tatsachen dar und nimmt das Wortgefecht in Halle (wie das provokatorische Vorgehen Bußes ausdrücklich in Zusammenhang mit Buße nicht Kaparek, diese niedrige Menschen, keine politische und geistige Unzureichungsfähigkeit überwinden zu können. Allein die Fehler des „Volksblatt“ sind gemäß etwas schäuer als seine Redakteure und werden sich ihre Urteil über die bodenlose Dummheit Kapareks selbst bilden.

### Das Kapitel „Schulen“

# Was die Kommunisten wollten

aber der Bürgerhof, die SPD und die Nazis ablehnten

Bei der Beratung des Schuletats in der Stadtverordnetenversammlung am Montag stellten die Kommunisten folgende Vorschläge vor:

**Zum Kapitel Volksschulen:**  
Für das Schuljahr 1931 sind die Sätze des Jahres 1930 einzusetzen, außer der Position „sonstige Schulbedürfnisse“ und „Unterrichtsmittel“. Hier sind die Ausgaben pro Klasse auf die Sätze von 1929 zu erhöhen. Für die Position „Landhäuser“ soll an Stelle der Summe von 18 600 Mark die Summe von 50 000 Mark eingestellt werden.

Für Lehr- und Lernmittel sowie für Lernmittel für Kinder soll ein Betrag eingestellt werden, der erforderlich ist, um die auf Grund des Artikels 145 der Reichsverfassung gewährleistete Lehr- und Lernmittelfreiheit durchzuführen. Die der Stadt durch Entzug der an den Staat zu zahlenden Kosten verbleibenden Beträge sind hiermit zu verwenden. (Diese Anträge wurden abgelehnt.)

Um die Erhöhung der Klassenfrequenz zu vermeiden, sind die Kosten für die eingeparteten 16 Klassen im Etat einzusetzen. (Antrag wurde abgelehnt.)  
Um das neue Schuljahr ohne Kürzung der Schulstunden für die oberen Volksschulstufen durchzuführen, sind die gesamten

**Achtung! Achtung!**

## Der Kampfband gegen den Faschismus

ladet alle Werkstätten von Halle ein zu dem am Freitag, dem 27. März, um 20 Uhr stattfindenden

### Öffentlichen Versammlungen

im Volkspart — Gesellschaftshaus — Nikolaus.

Referenten: Reichsleiter Fritz Lange-Berlin, Rundfunk-Schule-Berlin (MD), Wilhelm Roosen-Halle (MDR).

### Kampfbund gegen den Faschismus

Seute Auftreten zum Appell 18 Uhr Paradeplatz, alle Kameraden müssen erscheinen.

### Das „bauwüchtige“ Thalia-Theater

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag fand folgender Dringlichkeitsantrag der Kommunisten zur Beratung:

„Ein von der kommunistischen Partei an die Grundbesitzums-Verwaltung des Magistrats gerichteter Antrag auf Überlassung des Thalia-Saales gegen Miete zu einer öffentlichen Vorstellung des Schauspiel „Gyantsi“ wurde abgelehnt mit der Bemerkung, daß nur eine nicht öffentliche Vorstellung stattfinden dürfe. Die kommunistische Fraktion protestiert gegen eine derartige Handhabung bei Vergabe öffentlicher Räume und beantragt, daß jede öffentliche Versammlung im Thalia-Saal an Abenden, wo der Stadtheater nicht besetzt ist, allen Antragstellern zur Verfügung zu stellen unter den selbstgesetzten Zahlungsbedingungen.“

Genosse Behne mied in der Begründung dieses Antrages darauf hin, daß Stadtrat Fischer bereits zugestimmt hatte, den Thalia-Saal für die Aufführung des Stückes „Gyantsi“ zur Verfügung zu stellen, aber nur unter der Bedingung, daß jede öffentliche Versammlung und Besetzung der Thalia-Saal an Abenden, wo der Stadtheater nicht besetzt ist, allen Antragstellern zur Verfügung zu stellen unter den selbstgesetzten Zahlungsbedingungen. Diese Mangelzeit löste selbstverständlich allgemeine Heftigkeit aus. Bis jetzt hat noch niemand gewagt, daß die Thalia-Gebäude in der Geheißstraße 10 bauwüchtig sein soll, daß die Benutzung des Saales nur gegen bauspezifische Mietmiete gestattet ist.

Die Kommunisten hoben dem Magistrat die Baulastigkeit dieser Ausrede gründlich unter die Nase gehalten und auch offen zum Ausdruck gebracht, daß sich hinter diesen Ausflüchten nur die Absicht verbirgt.

Die Aufführung eines revolutionären Theaterstückes im Thalia-Saal auf alle Fälle zu unterbinden.

Die Aufführung eines „finanzschwachen“ Stadt Halle den Thalia-Saal leer stehen und verachtet auf die nicht unterrichtlichen Einnahmen, die durch die Vermietung des Saales entstehen, als daß dieser Saal für ein revolutionäres Theater zur Verfügung gestellt wird.

Die Einnahmen des Magistrats, daß Konturveranschaulichungen gegen das Stadttheater nicht gebildet werden könnten, sind erst recht häufig, denn die Aufführung des Stückes „Gyantsi“ soll eine Ausführung für die hallische Arbeiterbevölkerung sein, die auf Grund der für sie unerreichlichen Eintrittspreise das Stadttheater sowieso nicht besucht. Das Verhalten des Magistrats ist also nichts als eine Schlitze gegen die Arbeiterschaft. Die Aufführung des Theaterstückes „Gyantsi“ wird aber trotzdem stattfinden.

### Protestversammlung der Neubausmieter

gegen die Mietverhöhnungspolitik des Magistrats

Bestern abend fand im „Schrebergarten Süd“ abermals eine überfüllte Protestversammlung der Mieter der hallischen Neubauswohnungen statt, in der die geplante Mietverhöhnung des Magistrats besprochen wurde. Als Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion sprach der Genosse Günther. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, die Revue des Magistrats nicht zu unterschreiben und auch keinen Pfennig Mietserhöhung zu bezahlen.

Ein ausführlicher Bericht folgt.

### Proletarische Eltern!

Am Sonntag, dem 29. März 1931, vormittags 10 Uhr, findet in Halle a. S., im Volkspart (Görlitz-Saal), die diesjährige

Jugendfeier

statt. Alle proletarischen Eltern von Halle und Umgebung werden ersucht, ihre Kinder, welche Eltern 1931 die Schule verlassen, dieser Jugendfeier zuzuwenden.

Anmeldungen werden noch bis zum Donnerstag, dem 26. März, entgegengenommen.

Verband proletarischer Freiwerker mit Feuerbestattung, Ortsgruppe Halle (S).

Kosten für den Religionsunterricht zu freigegeben und diese Stunden einzusparen. (Mit den Stimmen der SPD abgelehnt.)

Die Ausgaben für Neuaufstellungen und Ausstattung der Schulräume sind nach 17 500 Mark auf 48 500 Mark zu erhöhen, und zwar sind 26 000 Mark für einen Anbau an der Weingarten-Schule und die restlichen 5000 Mark für Anbaubau der Schulhöfe zu verwenden. (Mit den Stimmen der SPD abgelehnt.)

An Stelle der vorgezogenen hunderttausend Mark für den Schulhausbau sind 500 000 Mark einzusetzen, um den Bau des zweiten Traktors der Dietrichstraße 10 und den Anbaubau in Grolmühl (sowie Errichtung einer Turnhalle) durchzuführen. Die beiden Projekte sind sofort in Angriff zu nehmen, um die schnellste Betriebsaufnahme der Schulen zu gewährleisten. (Antrag wurde abgelehnt.)

**Zum Kapitel Mittelschulen:**

Die Kosten für katholischen und jüdischen Religionsunterricht sind zu streichen, ebenso die Kosten für die im Beirath enthaltenen evangelischen Religionsstunden. (Dieser Antrag wurde abgelehnt mit den Stimmen des Bürgerhofes, der SPD und der Nazis. Die Nazis finanzieren also den Religionsunterricht der von ihnen so viel bescherten jüdischen „Unternehmungen“.)

Dieselben Anträge wurden von den Kommunisten für die höhere Knaben- und Mädchenschule gestellt und von den Arbeitereltern ebenfalls abgelehnt. Außerdem beantragten die Kommunisten, daß das Schulgeld für die höheren Knaben- und Mädchenklassen nach dem Einkommen der Unterhaltungsspflichtigen zu stellen sei. Erwerbslose und Unterhaltungsspflichtige mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark werden zur Schulgebührenzahlung nicht herangezogen. (Dieser Antrag wurde mit den Stimmen des Bürgerhofes und der Nazis abgelehnt.)

Für die Kapitel: Handwerkerlehre, gewerbliche Berufsschule, landwirtschaftliche Berufsschule, Handelschule und Gewerbeschule für Mädchen beantragten die Kommunisten Entziehung der Ausgaben in der Höhe der Ausgaben des Jahres 1930. Geringe Entziehung eines Betrages zur Durchführung der vollen Lehr- und Lernmittelfreiheit. Außerdem Spracherhebung der Kosten einer Sachverständigenkommission von 3 Mark auf 4 Mark. Auch diese Anträge wurden durch die Einheitsfront vom Bürgerhof bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die wertvolle Bevölkerung von Halle kann sich an Hand dieser Tatsachen einen Begriff über die „hässliche Schulpolitik“ der reaktionären Rathausmehrheit sowie der SPD und der Nazis machen.

### An die Arbeiterschaft von Halle!

Täglich treffen Jungarbeiter aus allen Teilen des Reiches ein. Hier in Halle suchen sie ihr tägliches Quartier. Arbeiter, unterfüttert die durchziehenden Jungkommunisten, indem ihnen Quartiere zur Verfügung stellt.

Lehr Solidarbeit und unterstützt die Jungkommunisten! Quartierermittel im Jugendbüro, Kirchenstraße 14.

### Freie Bahn dem Steuerraub

Genosse Gütjahr abermals zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 28. Januar fand bekanntlich in Halle eine große Massenkundgebung statt, auf welcher 15 rote Kommunalfunktionäre, die am gleichen Tage von der Klassenjustiz wegen ihres Kampfes gegen die Steuerüberhöhung verurteilt worden waren, zu den Wägen sprachen. Unter anderem sprach hier auch unser führender Arbeiter und Arbeiterintendant, der die meisten der verurteilten Kommunalfunktionäre, sondern die Weingarten-Regierung und ihre sozialfaschistischen Anwälte angeklagt werden konnten. Genosse Gütjahr richtete hierbei an die verurteilten Wägen den Appell, den Kampf gegen die Steuererhöhung und die falschliche Diktatur mit unermüdlicher Spärte fortzuführen. Wegen dieser Ausführungen ist Genosse Gütjahr auf Grund eines Strafgebots abermals zu einer

Gefängnisstrafe von drei Monaten und zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

wurden. Dieses Schandurteil beweist, daß auch in Zukunft die sich immer mehr heizende Ausplünderung der Volksmassen durch den schärfsten Terror der Klassenjustiz übergehört werden soll. Der Kampf gegen den Steuerraub geht aber trotz alledem weiter. Die Einbürgerung der Gemeindegeldsteuer, die Verdoppelung der Biersteuer und die mehrfache Erhöhung der Regenersteuer, wird die werktätigen Arbeiter erst recht zum Widerstand gegen diese unerhörten Massenbelegungen aufrufen!

### Achtung! Streiftreiber gesucht!

Wir weisen an dieser Stelle noch einmal darauf hin, daß die Boten der Firma Zmed seit Montag, dem 23. März, geschlossen in den Streik traten. Die Firma geht schon heute dazu über, sich nach anderen Kräften umzusehen. Die Abnehmer von Zeitkräften der Firma Zmed können den streikenden Arbeitern einen großen Dienst erweisen, wenn sie, solange der Streik andauert, von der Belieferung absehen. Auch die Erwerbslosen seien besonders darauf hingewiesen, jegliche Streikbrücherei oder Vermittlung nach diesem Betriebe abzulehnen oder zu unterbinden.

### Antiwohntheke auf dem Jahrmarkt

Unter den verschickten Schaubuden auf dem Jahrmarkt befindet sich ein sogenanntes Weltpanorama. Wenn man sich die Ueberflüssen zu den geeigneten Bildern ansieht, so fällt die „aktuelle Welterhellung“ besonders auf. Was zeigt nun dieses Unternehmen den Schaufführern für 20 Pfennig Blick in der unteren Reihe steht groß angeschrieben: „Der Schaurohr gegen die Antikristenpartei in Moskau“. Weiter ist ein Bild vorhanden, das mit folgender Ueberschrift gekennzeichnet ist: „Gemeinheitslosigkeit in Sowjetrußland“. Diese Bilder stellen die gemeinliche und niederträchtige Hege gegen die Sowjetunion dar. Bereits am ersten Tage mußten diese Ueberschriften auf energigehaltigen Protest der Arbeiter entfernt werden. Was aber mitgeteilt wird, sollen die Ueberschriften bereits wieder am alten Platz hängen.

Arbeiter, laßt dafür, daß kein Werkträger seine Großgötter für diese niederträchtige Antiwohntheke auslöst.

Handelsknecht auf dem Jahrmarkt. In den Nachmittagsstunden des 23. März wurden fünf Frauen Handknecht mit circa 200 Mark Anhalt gefahren. Von den Dieben fehlt jede Spur. Ein Diebstahl zwischen 3 und 4 Uhr fand aus einer Bäckerei in der Gies-Brauerei-Straße u. a. Weib, Zucker und Mehl gefahren worden. Der Bekammer der gestohlenen Waren beträgt etwa 50 Mark.

Erdenlandung. Am 21. März gegen 12 Uhr wurde die Leiche des am 2. Februar 1931 von der Genajmer Brücke in die Saale gelangenen Arbeiters Ernst Krupp in der Nähe der Gasanstalt aus der Saale gelandet.







Hermann Böhler, Hochgläserei, Glaugauer Straße 75 - Burgstraße 4, 31670

Sarada-Drogerie, Merseburger Str. 104 - Tel. 32190, Farben, Papieren, Blei, 31684

Otto Hartmann, Glaswaren, Glaswaren, Glaswaren, Glaswaren, 31674

Trinkt die gute Milch aus der Malleschen Molkerei, F. Lindenhahn, Königstr. 8, Eisenwaren, Werkzeuge, Baubeschläge, Oefen, Herde, 31688

Gebr. Nagel, Halle, Trothaer Str. 39, 31682

Original Zelle-Gallspach, Bestrahlungsinstitut, Halle/Saale, Magdeburger Straße 541, Große Kellerfohle, 32254

Otto Krüger, Schnellbelichtungs-EXPRESS, Magdeburger Str. 55, 32259

Vorläufige Käse der Kaiserin Nikolaistr. 6, A. Block, 32268

Mallesche Auto-Beleuchtung, Fischer & Röhle, Krausenstr. 6, Tel. 34738, 33351, 32267

R. Kleemann, Augenoptik - Feldstecher, Photoartikel, 32269, Telefon alle Kreutzstraßen

Vogel's Restaurant, Restaurant der angesehensten Arbeiterklasse, 32277

„Lindenhof“, Treff der organisierten Arbeiterschaft, 31856

Rest. Friesenhalle, Verkehrslokal der Arbeiterschaft, Friesenstraße 21, 32285

Arbeiter Brauerei, Alfred Marx, 31940

Spard bei der Stadtparkasse zu Schkeuditz, 31925

Hüte, Mützen, Herrenartikel, Wilhelm Zeuner, Markt 3, 31927

Lebensmittel Herm. Richter, Füllale Reuna u. Dierberg, 31928

Schuhhaus Franz Schrititz, Halleische Straße 12, Bekannte Waren, Niedrigste Preise, 31928

Wird schneller, Konzert- u. Ballhaus „Zum Bahnhof“, 31921

Wäcker, Rotmilchwaren, Reinhold Schenk, 31918

Holapantoffeln, Richard Fricke, Mauertstr. 1, 31692

Referiert 29, 31688

Fisch- u. Delikatessenhandlung, Friedrich Bröncke, Gr. Brunnenstr. 63, 32135

Referiert 23, 32265

„Ebt „Müller-Brot“, 32272

Därme, 32272

Möbel-Schauble, 32271

Brennholz, 32270

Klara Jänicke, 31855

Referiert 4, 31855

Kauf in der Heide-Drogerie, 31855

Otto Stoye, 31855

Gute Romane, 31851

Alfred Marx, 31940

Radio-Vertrieb, Fritz Arnold, 31924

Lebensmittel, 31928

Bruno Friedemann, 31928

Referiert 29, 31688

Referiert 23, 32265

Referiert 29, 31688

Beleuchtungskörper, Apparate für Gas und Elektrizität, 31684

Stadigeschäft Halle, Fernruf 25634, Gr. Ulrichstraße 54, 31680

Trinkt „Migros“ Kakao, 31680

Kauf Probsthain, 31687

Schwanen-Apotheke, 31945

Albert Henze, 31945

Ammendorf, 31944

Referiert 29, 31688

Referiert 23, 32265

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Stadigeschäft Halle, Fernruf 25634, Gr. Ulrichstraße 54, 31680

Trinkt „Migros“ Kakao, 31680

Referiert 100, 31680

Kauf Probsthain, 31687

Schwanen-Apotheke, 31945

Albert Henze, 31945

Ammendorf, 31944

Referiert 29, 31688

Referiert 23, 32265

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Unterföhl, 31935

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688

Referiert 29, 31688





„Schnellstes Werbetempo sichert die größten Erfolge“ Was Sangerhausen über das Parteilaufgebot berichtet — „Erst mit dem Opportunismus aufgeräumt und dann mit frischen Kräften mußte an die Arbeit gegangen“

Über die Durchführung des Parteilaufgebotes berichtet die Sangerhäuser Ortsgruppe der Bezirksleitung in einer allgemein interessanten Weise. Denn diese Ortsgruppe gibt nicht nur die unmittelbaren Ergebnisse der Werbearbeit wieder, sondern sie schildert sie gleichzeitig im Zusammenhang mit der Entwicklung der dortigen Parteiorganisation.

Hier ist der Bericht: Ihr fordert uns auf, einen Bericht zu erstatten über die Durchführung des antispartakistischen Parteilaufgebotes. Dazu folgendes: Der Unterbezirk Sangerhausen war früher mit dem jetzigen Unterbezirk Nordhausen in Unterbezirk. Die Zusammenarbeit zwischen den Leitungen der beiden Gebiete war sehr schlecht, so daß es eine große Berührung herbeiführte, als der Unterbezirk getrennt wurde. Zu gleicher Zeit aber ging auch die große Reinigung von Opportunisten (Kranste & Co.) innerhalb der Partei im Unterbezirk und hauptsächlich in Sangerhausen vor sich. Damit war der Weg freigelegt für eine großzügige Werbetätigkeit.

Die Arbeiter erkannten, daß die SPD als einzige Partei ihre Reihen rein hält, und es war damit der Wahn der jahrelang wie eine unüberwindliche Schicht um die Partei gelagert war, gebrochen.

Nachdem in die Leitung neue, junge Kräfte gewählt waren, die wirklich mit Eifer an die Arbeit gingen,

wurde eine großzügige Werbetätigkeit eingeleitet, die durch die zeitlich zusammenfallenden Reichstagswahlen einen besonders günstigen Boden erhielt. Jede einzelne Zelle erhielt ein bestimmtes Ziel gesetzt, und es entstanden ansehnliche Reihen von Werbetätigen. Die Resultate der besten Zelle geben wir stets in den anderen Zellen bekannt, die dann nicht zurücksehen wollten. Die Zellen selbst nahmen sie in ihren Zellensammelungen Straße für Straße und Haus für Haus vor und teilten fest, ob dort in diesen Wohnungen Sympathie zu erwecken war. Diese wurden dann aufgeführt und bearbeitet, ihnen klar gemacht, daß es kein Arbeitsleben mehr geben darf und daß

mit dem alten persönlichen Familienfortritt in der SPD (Ortsgruppe Sangerhausen) aufgeräumt

ist. So gelang es, neue Mitglieder zu gewinnen und die Rinde, die durch die Ausschüsse der Renegaten und deren Anhang entstanden war, wieder aufzulösen.

Weiter sind wir dazu übergegangen, eine Ortszeitung monatlich ein- oder zweimal, je nach Bedarf, herauszugeben. In dieser haben wir schonmalen angesetzt die Zellen auf dem Arbeitsamt, auf dem Wahlbezirksamt, die Vertreter der SPD und Nazis. Diese Ortszeitung erscheint jetzt regelmäßig alle vierzehn Tage und hat eine höhere Auflage als wir „Klassenkampf“. Dieser am Orte haben. Damit sind wir in neue Kreise der arbeitenden Bevölkerung vorgedrungen, was sehr wesentlich zur Verstärkung unserer Mitgliederzahlen beigetragen hat.

Ferner haben wir im Gegensatz zu der alten, früheren Leitung jeden Monat, außer den öffentlichen Versammlungen, eine öffentliche Veranstaltung entweder mit einer Agitations-Trippe oder einen Filmabend, durchgeführt.

Damit haben wir einestels unsere Mitglieder in ständiger Bewegung gehalten, weil je dann immer 2-3 Wochen im voraus Eintrittskarten im Vorverkauf umlegen mußten. Andererseits haben wir die Sympathisierenden ständig in Verbindung gehalten. Auch waren diese Veranstaltungen immer, infolge der guten Vorbereitung, ein politischer sowie auch finanzieller Erfolg, während früher bei der alten Leitung jede Veranstaltung ein Defizit erbrachte hatte. Wir aber konnten mit den erzielten Uebererträgen unsere notwendigen Arbeiten besser durchführen. Sollte die alte Leitung keinen Vorteil für sich sehen, so können wir heute mit Freude feststellen, daß uns genügend Material zur Verfügung steht. Auch der Literaturvertrieb hat sich gegen früher nicht nur gebessert, sondern

dem ist überhaupt erst richtig zur Entfaltung gekommen. Dabei wird diese Arbeit nicht etwa allein vom St.Obmann, sondern von allen aktiven Genossen geleistet. Jeder Genosse erhält eben durch seine Zelle seine Literatur zugestellt, die er bis zu einem gewissen Datum verkauft haben muß.

An den Massenorganisationen haben wir immer eine rege Propaganda durchgeführt. In den Renegaten entfaltete. War es noch vor einem Jahr den Renegaten möglich, innerhalb des Arbeiter-Turnvereins einen Beschluß zu fassen, die Verbindungen zur SPD abzubrechen, so haben wir erreicht, daß nicht nur dieser Beschluß aufgehoben wurde, sondern auch die Verbindungen zur Partei noch enger als vordem geknüpft wurden.

Der größte Teil der Turner ist heute Mitglied der Partei.

So haben wir erreicht durch größte Aktivität und vor allem durch rücksichtsloses Durchgreifen bei sich irgendwie bemerkbar machenden opportunistischen Tendenzen, daß

innerhalb eines Jahres sich der Mitgliedsstand um 150 Prozent gesteigert

hat. Wir sind damit aber keineswegs zufrieden, sondern wir haben für März, dem Sturmonat, erneut jeder Zelle ein bestimmtes Ziel gestellt, um mindestens noch 30 Prozent der jetzigen Mitgliederstärke neu zu gewinnen.

APD, Ortsgruppe Sangerhausen.

Die Forderungen der Erwerbslosen

an den Provinziallandtag wurden von der SPD-Fraktion in folgendem Antrag zusammengefaßt:

Der Provinziallandtag wolle beschließen, auf Grund der immer mehr steigenden Erwerbslosigkeit in Reich und besonders in der Provinz Sachsen in großzügiger Weise die Arbeitsbeschaffung zu fördern. Der Landeshauptmann wird beauftragt, folgendes durchzuführen:

1. Im Etat 1931 sind im weitesten Maßstabe Straßen- und Wegebauten durchzuführen. Für diesen Zweck sind besondere Mittel zur Verfügung zu stellen.

2. Der Bau von Arbeiterwohnungen in den Kreisen und Gemeinden muß von der Provinz in großzügiger Weise die Arbeitsbeschaffung zu fördern und unterstützt werden.

3. Sämtliche Arbeiten, unter welchen Gesichtspunkten sie auch ausgeführt werden sollen, müssen nach den jetzt bestehenden Tariflöhnen bezahlt werden. Die Zuschüsse, die für diese Zwecke notwendig sind, müssen von der Provinz getragen werden. Darüber hinaus müssen vom Reiche besondere Mittel angefordert werden.

Der Provinziallandtag wolle beschließen, allen Ausgeworfenen und nicht bezugsberechtigten Erwerbslosen aus Mitteln der Provinz eine Wirtschaftshilfe in Höhe von

- a) 50 Mark für jeden Ehegatten, b) 40 Mark für jeden ledigen, c) 20 Mark für jedes Kind, d) allen bezugsberechtigten Erwerbslosen eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 40 Mark für Ehegatten, 30 Mark für ledige und 15 Mark für jedes Kind zu bewilligen.

Der Provinziallandtag beschließt, sofort eine Summe von zwei Millionen Reichsmark auszuweisen, zu dem Zwecke, allen Gemeinden, proportional nach der Zahl der Erwerbslosen Zuschüsse zu bewilligen. Diese Forderungen können je nach der örtlichen Struktur erweitert werden.

Von Gesteinsmassen verhöhnt

In den Diabas-Steinbrüchen in Neuwert im Harz wurde der Arbeiter Hermann Fischer durch herabfallende Gesteinsmassen verhöhnt. Erst nach langen Bemühungen konnte er aus seiner unglücklichen Lage befreit werden. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Explosion eines Metalltopfes

In der Clausthaler Hütte explodierte aus bisher nicht bekannten Gründen ein Metalltopf, wobei der Metallschmelzer Franz Krieger verletzt wurde; mit Verletzungen am Rücken und beiden Beinen wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Ein gutes Beispiel — wer macht's nach?

Kemberg. Am Landsonntag am vorigen Sonntag legte die Zelle Dubsitz über 9 Mark Brotpfeuern um.

„33“ legte ein Genosse 20 Sondernummern an der Stempelstelle um. Der Genosse hat sich zum Ziel gemacht, die Belegzahl der „33“ zu verdoppeln.

Genosse Steinmeß abermals nicht betätigt

Der in Gerstede zum Bürgermeister gewählte Genosse Paul Steinmeß, Bieslau, wurde abermals nicht betätigt. Der Sozialist hat sich weigert, was er seinen Auftraggebern schuldig ist!

Vor den Zug geworfen

Am Sonntag vormittag wurde zwischen dem Gleisen der Stredde Eisenbahn-Halle eine zerklüftete männliche Leiche aufgefunden. Aus den vorgefundenen Papieren ging hervor, daß es sich um den 18 Jahre alten Sohn des Amtsvorstehers Berndt in Rothensirndorf handelt. Der Grund zur Tat steht noch nicht fest.

Auf den Säuhnen der Stredde Bitterfeld-Rothsch wurde Montag vormittag die Leiche des 16 Jahre alten Schlosserlehrlings Oswald Engelhardt aus Bitterfeld aufgefunden. Dem Toten war die Schädeldecke zertrümmert worden. Vermutlich hat sich Engelhardt in Rothensirndorf um einem Zuge überfahren lassen.

Du Jungprolet, Jungarbeiterin, Jungwerktätiger! „Die Junge Garde“ ist deine Waffe!

Im Kampfe um Arbeit und Brot, da brauchst du Jungwerktätiger eine Presse!

Das ist „Die Junge Garde“. Sie zieht hervor aus Licht, was dich bedrückt — unerschrocken und mutig deckt sie auf, was morsch und faul. Den Weg zeigt nur sie aus Elend und Not. „Die Junge Garde“ — das ist deine Waffe, Jungprolet!

Bestelle darum noch heute „Die Junge Garde“ bei: Verlag: Zeitungsvertrieb „Junge Garde“. A. Becker, M. d. R., Berlin G 28, Kleine Alexanderstraße 28. Erscheint zweimal wöchentlich Dienstags und Freitags. Bei Vorauszahlung vierzehntäglich 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Funktionäre des KJV, und unsere Zeitungsträger entgegen.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Walter Schulz Verlag, Berlin-Schlüterhof, Ständeburgstraße 61. 4. Fortsetzung.

Das Geleg gibt keine Handhabe, um Frau Schünemann von der weiteren Gebärtsfähigkeit auszuscheiden. So hat sie sich denn glücklich zwei Kinder aus dem Leib herauszuheben lassen. Die Kinder sind übrigens äußerlich ganz ledlich geraten, aber so recht lieblos nicht mit ihnen. Das eine leidet an Krämpfen, das andere ist ungemein rächlich und hat Beine wie Friedelweiden. Kein Wunder, viel zu heißen und zu brechen gibt es bei Schünemanns nicht.

Nach der Geburt des zweiten Kindes haben beide Schünemanns in einem kühlen Moment ein Gelächter über sich selbst, was ihnen heilig ist. „So etwas soll uns nun aber bestimmt nicht wieder passieren.“ Zwei Monate später sieht sich aber Frau Schünemann wieder prompt Mutter.

Nun hat es aber geknapp! Jetzt will sie einfach nicht mehr, und diese kleine Frau kann recht bödig sein, wenn sie sich etwas in den Kopf gesetzt hat.

Ihr Mann hat ja die nötige Routine im Laufen von Pottas zu Pottas, und nun gehen die beiden Unglückseligen zusammen los. Jetzt ist von dem praktischen Arzt, der sie dauernd behandelt hat. Der stellt wohl mit Bedauern die erneute Schwangerschaft fest, vermag ihnen aber nicht zu helfen.

Fräulein Schünemanns tot und legt dem Arzt einige bittere Befehlsgebungen: „So sitz du da, Doktor, wenn der Biß Geld hätten, würden wir schon gefahren kriegen! Wenn er keine Frau so was hat, findet er immer ein, der je operiert, aber meine Frau, die soll hier elend verrecken!“ Um Neffen möchte ich nie Wort nehmen und dasjenige, was sie sagt.

Das Wartezimmer des Arztes beginnt sich zu leeren. Wie heißt einen Lobtuchstanz Schünemanns. Die Gene wird nicht gerade zum Tribunal, aber doch zur Volkserhebung. Alles, was proletarisch ist, hat lebhaftes Mitgefühl mit den Schünemanns und schimpft auf den § 218.

Den armen Arzt schützt nur seine allgemeine Bestechtheit davon, in seinem eigenen Hause verprügelt zu werden. Schünemann wird immer rabiat, und schließlich schreibt ihm der Arzt einen Brief an einen Arzt mit der Bitte, den Fall nachzuprüfen. Dieser geht sich glatt aus der Affäre. Er, der Frauenarzt, sagt: „Ja, was soll denn das? Ich habe doch keinen Grund zum Eingreifen! Das sollte doch der Kollege wissen! Da ist doch weiter gar nichts dabei, Frau Schünemann, Sie lassen sich einfach wieder operieren! Das ist doch zweimal gut gegangen!“

Schünemanns tot wieder: „Wenn das Ihre Frau wäre, Herr Doktor, dann möchte ich doch mal sehen, ob Sie das legen würden, der würden Sie die Sache wohl schon wegnehmen!“ Der Frauenarzt hat nicht so viel gutmütige Bemerkungen wie der praktische. Er schmeißt das verdudete Geparat rasch hinaus. Die Hapern nur noch ein paar Ferte, ob Sie das legen würden, der würden Sie die Sache wohl schon wegnehmen!“ Der Frauenarzt hat nicht so viel gutmütige Bemerkungen wie der praktische. Er schmeißt das verdudete Geparat rasch hinaus. Die Hapern nur noch ein paar Ferte, ob Sie das legen würden, der würden Sie die Sache wohl schon wegnehmen!“

Wieder ohne Erfolg. — Das letzte Geld ist nun fort, und Frau Schünemann nimmt täglich an Umfang zu. Mittlerweile ist sie schon im vierten Monat.

Jetzt tritt die Freundin in Aktion. „Menschenskind!“ sagt die, „wären Sie nur eher gekommen! Jetzt ist es schon ein bißchen spät. Jetzt bluten Sie zu sehr, wenn man das macht. Sehen Sie!“ und dann wieder die gebührende Besprechung eine alte Mutter: „Unsachliches, kaltes aus schämigstem Zeitungspapier heraus, wenn Sie vor drei Monaten gekommen wären, hätte ich Sie ein bißchen Vorwissen in die Gebärmutter gepreßt mit dem Ding, um denn wäre das schnelle abgegangen. Jetzt traue ich mir aber nicht mehr!“

Vater Schünemann hat ihr interesselos zugehört: „Zeigen Sie das Ding mal her!“ Er nimmt ihr die Spritze aus der Hand, überzeugt sich von ihrem guten Funktionieren und sieht der Schützen dann scharf in die Augen: „Allo, Sie wollen's nicht machen?“ — „Um Gottes willen!“ Die Schützen will ihm die gefährliche Spritze entreißen. Er bricht sie in aber rasch und rabiat aus der Hand: „Finger weg von dem Ding, halten Sie mal die Luft an, sonst werde ich Ihnen mal mit dem Staatsanwalt bekanntmachen! Was Sie können, kann ich schon lange. Bin doch im Kriege Sanitäter gewesen!“

Am Abend fängt nun Schünemann an zu operieren. Die

Frau muß sich auf den Rücken legen, die blaßende Petroleumlampe gibt ein häßliches Licht. Ein Reklamant mimt die aufgeregten Kinder. Inständig flühen sie wie junge Tiere die Gefahr, die der Mutter droht. Frau Schünemann ist reichlich unruhig, als Karole bekommt sie daher ein paar hinter die Ohren. Apoforn ist auch nicht da, aber schmutziges Seifenwasser tut es wahrheitsähnlich auch. Die Gebärmutteröffnung findet er nicht gleich, der Herr Operateur, er löst deshalb rasch ab, und die scharfe Bindung der Mutterstange gleitet unter einigen Blutungen durch das weiche Gewebe hinter der Gebärmutter in die Bauchhöhle, und nun spritz Schünemann ganz schön ein Biesteliter schmutzige Seifenlauge dort hinein.

Nach einer Stunde beginnt Frau Schünemann sich in wahnwitzigen Krämpfen zu winden. Einen Arzt holt man natürlich nicht, man hat Angst. Endlich, am dritten Tage — Frau Schünemann liegt mittlerweile im Sterben —, kommt ein Arzt aus Frankfurt. Es ist nichts zu helfen, nicht mehr zu machen — schwerste Bauchfellentzündung. Sepsis!

Wenige Stunden später ist die arme, kleine Frau Schünemann, diese muntere Lebensbejaherin, die sich so mader 25 Jahre auf den Beinen gehalten hat, ihren Kindern eine gute Mutter war und ihrem Namen eine mehr als gute Gattin, nicht mehr im Leben! Ihre Leich ist aufgefunden, die Beine unförmig bild, ihr Gesicht ansehnlich vom Todesstap.

So hieselte ein grauenvolles Bild von der verheerenden Wirkung des Gelächers, dessen Zwang sie sich nicht hat lösen wollen! Den Mann ermannen ein paar Jahre Gefängnis — er ist natürlich überfordert. Gerade diesen Menschen wird das Gefängnis bestimmt nicht helfen, sondern, zum Hals zerbrechen, aber doch noch recht gefährlich für die Gesellschaft, wird er daraus zurückzuführen, wenn er überhaupt die Zeit überlebt.

Dann ist er so schwer verheiratet, daß er überhaupt keine Arbeit mehr findet. Die Kinder sind inzwischen wohl im Weisenshaus untergebracht worden, später kommen sie in die Pflanzschule. Ein trauriges Los!

Ob der Staat recht viel Nutzen in solchen Fällen davon hat, er Frauen zwingt — zwingen will —, zu gebären, die bei beträchtlich eigentümlich gebärenmäßig sind, darüber ließe sich eben debattieren. Es bin jedenfalls der Ansicht, daß der § 218 befristet werden muß.

(Fortsetzung folgt.)





Mittwoch, den 25. März 1931.

### Roter Tag in Heringen ein Erfolg für die KPD

U. A. Heringen. Die Einwohner von Heringen stauten, als sich am Sonntag ein harter Demonstrationstag durch den Ort bewegte. Das ganze Städtchen wurde der Zug aufgefüllt. Die am frühen Morgen stattfindende Abendkundgebung der KPD war von revolutionärem Eifer getragen. Die Agitatorgruppe gab ihr Bestes.

Drei Arbeiter trafen für die KPD bei 175 „K3“ wurden verkauft, 28 Annoncen für die „K3“ gewonnen.

Zehntausende andere Broschüren wurden vertrieben. Arbeiter von Heringen, hinein in die rote Klassenfront! Vorwärts zum Kampf für ein Arbeiterdeutschland!

### Mansfeld-Sangerhausen Arbeiter vom AB Sangerhausen heraus zum Kampfaufmarsch gegen National- und Sozialfaschismus

Der März ist der Erinnerung an den revolutionären Proletarier. Der März ruft die Erinnerung an die heroischen Kämpfe der Pariser Kommune vor 60 Jahren. Vor zehn Jahren fand das mitteldeutsche Proletariat im Kampf gegen den provokatorischen Stützpunkt der Völkervereinigung ein gleiches Beispiel des Heldentums und der Opferbereitschaft. Die gefallenen Kämpfer, die auf dem Friedhof Sangerhausen liegen, gilt es zu ehren. Nicht Trauerkundgebung, sondern

#### Kampfaufmarsch gegen Faschismus

und heißen Parteien, die Sozialfaschisten. Deshalb rufen wir die gesamte Arbeiterschaft von Sangerhausen und der näheren Umgebung auf, mit uns aufzumarschieren in Sangerhausen am

Sonntag, dem 29. März, 14 Uhr.

Als Ortsgruppen der KPD, des KFD, des Kampfbundes gegen den Faschismus, der proletarischen Front, der Roten Hilfe, der KJH, der Arbeiter-Sportvereine und die gesamte wertige Bevölkerung werden hiermit zur geschlossenen Beteiligung eingeladen. Sammelplatz 13 Uhr Schützenplatz.

KPD, Unterbezirk Sangerhausen.

#### Heraus mit Blaubauch

U. A. Wansleben. In der öffentlichen Versammlung am 22. März in Wansleben wurde von der anwesenden Einwohnergesellschaft folgende Protestentscheidung einstimmig angenommen:

„Die Arbeiterschaft von Wansleben hat bei ihrer März-Kundgebung Kenntnis genommen von der Verhaftung des Landarbeiters Blaubauch aus Wansleben. Sie fordert die sofortige Freilassung dieses Streikführers.“

#### Koi Sport markiert in Brüden

Brüden a. S. Der rote Arbeiter-Turnverein hielt am Sonntag, dem 22. März, ein Schauturnen ab. Der Saal war dicht besetzt. Die Leistungen der einzelnen Gruppen des Arbeiter-Turnvereins waren vorzüglich. Besonders ernteten die Schülererfolge Anerkennung.

Die bürgerlichen Turnvereine werden vom roten Arbeiter-Turnverein in den Schatten gestellt. Die jungen Arbeiter von Brüden wissen, daß sie in den Arbeiter-Turnverein und nicht in die bürgerlichen Sportvereine gehören. Arbeiterpartei, setzt alles daran, daß eine starke Delegation zur Spartakiade der roten Sportler nach Berlin geschickt werden kann.

Achtung Arbeiterpartei! Am Sonntag, dem 29. März, marschierst in Sangerhausen die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft von Sangerhausen und Umgebung auf. Die Ortsgruppe Brüden der KPD fordert euch auf, geschlossen mit nach Sangerhausen zu gehen und dort in einer Märzfeier der proletarischen gefallenen Kämpfer zu gedenken. Die Arbeiterpartei wird euch beistehen.

Wansleben. Achtung, Einwohner von Wansleben! Am Freitag, dem 27. März, öffentliche Einwohnerversammlung im Lokal Grafemann. Genosse Karl Gutschalk aus Halle spricht. Einwohner von Wansleben erhebt sich!

### Das heißt Märzgedenken

## Alslebener Arbeiter demonstrieren in Nelben

Verbrüderung mit den streikenden Landproleten — Der verhaftete Streikführer fordert zur Fortsetzung des Kampfes auf — Erfolgreiche Abendveranstaltung der Roten Hilfe

U. A. Alsleben. Zu der Märzdemonstration am Sonntag waren zahlreiche proletarische Organisationen angetreten. Zahlreiche Transparente und Fahnen wurden im Zuge mitgeführt. Auch von Bernburg kamen 150 Männer und Frauen, um unsere Toten zu ehren und den Schmutz abzuwaschen. In ihrem Sinne weiterzugehen. An den Gräbern der beim Kampfbündnis Gefallenen legte ein Genosse im Namen aller Anwesenden den Schmutz ab, im Sinne der Toten weiterzukämpfen. Anschließend wurde eine würdige Demonstration durchgeführt. In den verschiedenen Orten, durch die die Demonstrationen marschierte, sprachen die Genossen unter dem Beifall der Einwohner. Zwölf Kämpfer begleiteten den Zug. Aufmerksam beobachteten sie, die Arbeiter zu einer Protestaktion herauszufordern zu können.

Auch nach Nelben, in das Dorf, in dem Landarbeiter streiken, ging der Zug. Der Referent brandmarkte die ausbeuterischen Großgrundbesitzer, zum Beispiel den Junter Hagemann, der von dem Hungerlohn erhebliche Beträge einnimmt, aber 7 bis 8 Landarbeiter zu verpflegen in der Lage ist.

Stürmisch forderten die Landarbeiter die Freilassung des Landarbeiters-Streikführers Blaubauch und die Zurückziehung der Polizei aus dem Streikgebiet. Ein Genosse überbrachte die Grüße des Kollegen Blaubauch und forderte in seinem Namen auf, weiter im Streik auszuhalten, bis die berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Eine Sammlung für die streikenden Landarbeiter ergab den Betrag von 420 M. Eine Reihe Broschüren und Arbeitsscheitungen wurden verkauft. Mit einem

# Annaburger Arbeiter wehren Nazi-Terror ab

Belagerungszustand verhängt, um die Faschisten zu schümen — Eure Antwort: hinein in die KPD! hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

U. A. Annaburg. Die Miliz, die die Staatsanwaltschaft den Nazimördern angedeihen lassen, stößt die zu immer aktiverem Vorgehen gegen revolutionäre Arbeiter auf.

So überfiel am 13. März ein Nazigrupp in Stärke von 15 Mann drei Arbeiter.

Einer der Arbeiter blieb besinnungslos liegen, ein anderer trug leichtere Verletzungen davon. Die Annaburger Arbeiterschaft war darüber so erbittert, daß sie zur Selbsthilfe griff.

Als die Nazis am Donnerstag zum Stempeln kamen, und die Arbeiter merkten, daß sich diese Mordbrüder wiederum mit Schlagkräften bewaffnet hatten, um Proleten niederzuschlagen, wurde ihnen eine wohlverdiente Tracht Prügel verabreicht.

Natürlich wurde sofort ein Leberallfommando Schupo angefordert. Es fand aber, als es eingetroffen war, keine Möglichkeit mehr, nach betamter Leistung auf die Arbeiter einzuschlagen.

Am Abend riefte das Leberallfommando durch die Straßen der Stadt. Alle Arbeiter wurden nach Wägen unterführt. Sogar in die Rentnervermittlung gingen die Schupoheuten, um die alten Leute nach Waffen zu durchsuchen.

Nun soll ein Prozeß gegen die revolutionären Arbeiter, die sich gegen die Mordüberfälle der Nazis gewehrt haben, angesetzt werden.

Der Amtsvorsteher hat bis auf weiteres alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Es wurden auch Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die beiden Landräger von Annaburg tun sich bei diesen Exzessen besonders herout. Sie wollen Arbeiter ernten.

Die Arbeiterschaft aus Annaburg muß auf allen Vorfällen eins lernen, nämlich, daß es notwendig ist, die geschlossene Einheitsfront des Proletariats zum Kampfe gegen den Faschismus zu schließen.

Heraus zur Protestversammlung am 25. März im „Bürgergarten“. Hinein in die KPD, hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

### Delitzsch-Torgau

#### Die Delitzscher Arbeiter stehen zur KPD

Erfolgreiche März-Kundgebung und Meite der Brandier-Beute

U. A. Delitzsch. Die März-Kundgebung hat gezeigt, daß die Einwohnerstadt von Delitzsch festem dem die kommunistischen Partei steht. Alle Versammlungen und Streikaktionen der Arbeiterklasse Schardt, Baumgarten ufm. sind an der klaren Erkenntnis der Arbeiterschaft angepaßt. Die Brandieristen glauben unter der Flagge Gemeinheits- und Sportpartei die Arbeiterschaft einzufangen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Ganze 108 Arbeiter haben sie nach langem Witz und Streich zu ihrer Kundgebung zusammengetrieben.

Wichtig dagegen war die Kundgebung der fleckenbewußten Arbeiterschaft unter Führung der KPD.

Nach der Feier an den Gräbern, bei welcher auch die Freiberger-Gesangsgruppe mitwirkte, zog der Demonstrationstrupp nach dem Marktplatz. Dort prallte Genosse R. vor 500 Berammelten über die letzten verärrtischen Handlungen der Sozialfaschisten im

### Öffentliche Versammlungen

#### des Kampfbundes gegen den Faschismus!

Donnerstag, den 26. März

Bitterfeld. 20 Uhr im Volkshaus. Referent Wäber, Halle.

Freitag, den 27. März

Annaburg. 20 Uhr in der „Brotbackstube“. Referent Hermann Wäber, M. d. L., Berlin.

Nordhausen. 20 Uhr im Lokal „Hoffnung“. Referent Marie Wäber, M. d. L.

Delitzsch. 20 Uhr im „Bündenhof“. Referent Meiser, Halle.

Eisleben. 20 Uhr im Volkshaus. Referent J. Volkmann, M. d. L.

Hettstedt. 20 Uhr im „Hohenzollernpark“. Referent Dietrich, Halle.

Sonntag, den 28. März

Wittenberg. 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Referent Dietrich, Halle.

Sonntag, den 29. März

Sangerhausen. 20 Uhr im Lokal „Licht“. Referent Hans Volkmann, M. d. L.

Reichstag und forderte zur Schließung der Einheitsfront der Werttätigen im Kampfe gegen den Faschismus auf.

Die März-Kundgebungen in Delitzsch haben bewiesen, daß die KPD das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzt. Sie ist aber nicht genug damit, daß die Arbeiter und Arbeiterfrauen erlernen, sie stehen zur KPD.

Organisieren in der kommunistischen Partei müssen sie sich und Kämpfer werden! Das ist auch die beste Ergrung unserer gefallenen Brüder.

### Wahlvoller Märzauftmarsch in Belgien

U. A. Belgien. Die Franzosenüberlegung an den Gräbern unserer von den Faschisten gemordeten Genossen Boel und Pöylich gestaltete sich zu einer prachtvollen Demonstration. Über 500 Teilnehmer wurden im Zuge gezählt. Mit einem würdigen Kampfabmarsch wurden an den Gräbern unserer Gefallenen Kränze niedergelegt. Dann ging der Demonstrationstrupp durch die Straßen Belgiens, wo er durch seine Stärke und Würde lebhaftes Erstaunen bei den Kleinbürgern erweckte. Mit einem donnernden Rot Front wurde der Demonstrationstrupp beendet.

Delitzsch. Am Sonntag, dem 29. März, vormittags 10 Uhr. Jugendmeiße in Delitzsch, im Saale des „Bündenhof“. Um 20 Uhr Abend. Alle Einwohner von Delitzsch sind zu diesen Veranstaltungen eingeladen.

Radebeul. Unsere diesjährige Jugendfeier findet am Sonntag, dem 29. März, 14 Uhr, im Gasthof Freireuda statt. Das Hallische Wandoltenmörderfest und der Gegendarein „Freies Lied“ wirken mit. 20 Uhr wird eine proletarische Abendveranstaltung durchgeführt. Eine Hallische Agitatorgruppe spielt einige Szenen. Alle Bierliebhaber werden herzlich dazu ein. Der Infanteriebeitrag für Betriebsarbeiter beträgt 40 Pf. für Erwerbslose 20 Pf. Wir appellieren an alle proletarischen Eltern, ihre Kinder bei der nächsten Einmischung sofort aus dem Religionsunterricht abzumelden. Kehrt der Kirche den Rücken, werbet Klassenbewußte Kämpfer!

### Bitterfeld-Wittenberg

#### Brandierist hat für die Erwerbslosen kein Geld

U. A. Bitterfeld. In der Gemeindevertreterwahl am 17. März stand als erster Punkt auf der Tagesordnung die Neuwahl des Gemeindeverwalters. (Die Wahlperiode läuft am 30. September 1931 ab.) Der Wähler gibt bekannt, daß die Wahl durch Zurück gemacht werden könne. Von der KPD wird vorgeschlagen, die Wahl auszuschieben. Von der KPD wird die Wiederwahl des gegenwärtigen sozialfaschistischen Gemeindeverwalters Kung vorgeschlagen. Der Stadtkommunistische Direktor Trumpf beantragte Vertagung. Dieser Antrag wurde angenommen.

Für den Antrag der Erwerbslosen auf Sonderunterstützung sprach Genosse Zähler.

Kung erklärte darauf, daß er nicht mehr zulasse, daß in den Gemeindevertretungen über Politik gesprochen werde.

In der Genosse Kiefer gab im Namen der Fraktion eine Erklärung ab, in der ausgesprochen wird, daß wir uns nicht verhalten lassen, in welcher Weise wir die Interessen der Erwerbslosen wahren müssen und in der im Übrigen gegen die Annahmen des Kung Vernehmung eingeleitet wird.

Der Brandierist Engel unterstützte den Gemeindeverwalter. Es könne nicht mehr gegeben werden als da sei. Kung rednete aus, daß ein in Arbeit Geschieber weniger hat als ein Erwerbsloser. Daraus folgerte der sozialfaschistische Gemeindeverwalter nicht etwa, daß die Löhne hundsmiserabel niedrig sind. Es ist nichts da, meint der Brandierist!

Dabei sind die Kornböden der Lunter über 600 000 Tonnen Roggen werden von den Mäulen geerntet und verkauft.

(Der sozialdemokratische Reichskommissar Baade hat sie mit den Steuergebern der Proleten aufgelaßt, damit die Roggenpreise steigen.) Die Halben sind über 100 000 Kubik. Genau so ist es in den Lagern der Fabriken der verschiedenen Industriezweige.

Und der Brandierist meint, die Erwerbslosen könnten nichts kriegen, weil nichts da sei.

So kann nur ein erbärmlicher Kapitalistentum sprechen. Wäre nicht genosse der Brandierist Engel, eben so wie die SPD und die anderen Bürgerlichen, daß sie immerhin noch Geld übrig haben, nämlich für das „Faschisteninstitut“, „Wohlfahrt“.

Dann wurde über die Straßenumgebung in Rathenow gesprochen. Kung schlägt 3 M. vor, die Straßen Bräuerstraße, Rothemarsstraße, Reindorfer Straße ufm. Die Kommunisten schlagen vor „Karl-Marx-Straße“, „Karl-Liebknecht-Straße“, „Karl-Luxemburg-Blod“ ufm.

Die Walfahrung der Rathenowstraße wurde allgemein als dringend anerkannt. Die Kanalisierung ist dringend nötig, aber der Preisausschlag hat die 300 000 Mark abgelehnt, die dazu gebraucht werden. Das Projekt soll noch einmal durchgeführt werden und dem Preisausschlag nochmals vorgelegt werden. Wenn er ihm nicht zustimmt, soll Beschwerde erhoben werden.

### Weißenfels-Zeitz

Der Zeiger Magistrat muß sich mehr um die Bolschische bekümmern!

U. A. Zeitz. Die Zeiger Volksliste ist schon oft Gegenstand einer scharfen Kritik seitens der Zeiger Arbeiterschaft und besonders von Seiten der Erwerbslosen und Ausgeleiteten gewesen. Die Kessellage ist vollkommen ungründig. Tag für Tag wird das färgliche Elfen verächtlich, weil es immer mehr getrickt werden muß. Die Elfenempfänger haben ihre Klagen schon an allen zuständigen Stellen vorgebracht. Leider immer ohne Erfolg. Das Elfen wird weiter verdrängt. Die Behörden denken wohl, „Die Proleten arbeiten nicht, also brauchen sie auch nicht zu essen.“ Die Kessellage ist seit 1905 im Betrieb und noch nicht wurde etwas erneuert. Für eine Erneuerung oder einen Ausbau der Volksliste hat der Magistrat der Stadt Zeitz nichts übrig. Vor einiger Zeit besichtigte der Hausbrandrat einmal auch die Zeiger Volksliste und da haben die bürgerlichen Dämnen gefunden, daß doch das veranschlagte Elfen sehr unzulänglich ist!

In einem Eingangsbrief in der Zeiger Zeitsung können sie sich nicht genug tun über die gute Einrichtung, das vorzügliche Elfen der Rüche ufm. Besonders haben sie in diesem Eingangsbrief hervor, daß doch sehr viel Sped zum Kochen des Elfen verdammt würde. Wertwidergermeile prüfen diejenigen, die das Bolschischen jeden Tag haben, nichts von den vielen Fettelien.

Die ausgeleiteten Zeiger Erwerbslosen und Bolschischen Empfänger werden sich demnach in einer Verammlung mit den unzulässigen Zuständen in der Zeiger Volksliste beschäftigen. Der Magistrat der Stadt Zeitz muß nachdrücklich an seine Pflichten erinnert werden. Dringend notwendig ist es, daß hier eine Verberung eintritt.

### Du bist ein schlechter Kommunist

Genosse, soll diese Festsellung auf dich zutreffen?! — Nein!! Setz also alle Kraft daran, das antifaschistische Kampfaufgebot der Partei zu 100 Prozent zu erfüllen!





# EXPRESS-DIENST

Auf dem schnellsten Wege  
in die Hände des Rauchers!  
Deshalb

REEMTSMA  
CIGARETTEN

EINHEITS  
PACKUNG  
**50s**  
GROSSPACKUNG  
MK 1-50

# OVA

*in  
Außenformat*

**Überall fabrikkfrisch!**







